

## Verhandlungsschrift

### über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee

Tag und Zeit: Donnerstag, 11. Dezember 2008  
Tagungsort: Rathausaal  
Beginn: 19.00 Uhr

#### **A n w e s e n d e :**

##### ÖVP-Fraktion:

- |     |               |   |
|-----|---------------|---|
| 1.  | Bürgermeister | Mag. Reiter Johann als Vorsitzender               |
| 2.  | Vizebgm.      | Johann Schachl (von TOP 19 – 24 als Vorsitzender) |
| 3.  | GV.           | Dr. Oskar Vogel                                   |
| 4.  | EG.           | Harald Mayrhofer                                  |
| 5.  | EG.           | Johann Preuner                                    |
| 6.  | GR.           | Franz Loidl                                       |
| 7.  | GR.           | Mag.Dr. Bernhard Roither                          |
| 8.  | GR.           | Franz Huber                                       |
| 9.  | GR.           | Peter Wechselauer                                 |
| 10. | GR.           | Thomas Ebetsberger                                |
| 11. | GR.           | Franz Bauer                                       |
| 12. | GR.           | Mag. Herbert Dachs-Machatschek                    |
| 13. | GR.           | Dipl.-Ing.Dr. Alois Dachs                         |

##### SPÖ-Fraktion:

- |     |          |                     |
|-----|----------|---------------------|
| 14. | Vizebgm. | Gertraud Eisterer   |
| 15. | GV.      | Ing. Kurt Berger    |
| 16. | EG.      | Günther Kasper      |
| 17. | EG.      | Johann Mayr         |
| 18. | GR.      | Ulrike Berger       |
| 19. | GV.      | Gerald Mayrhofer    |
| 20. | GR.      | Irene Husly         |
| 21. | GR.      | Stockinger Rudolf   |
| 22. | GR.      | Ing. Karl Födinger  |
| 23. | GR.      | Herbert Kritzingner |
| 24. | GR.      | Josef Püringer      |
| 25. | GR.      | Herbert Aigner      |

FPÖ-Fraktion:

- |     |     |                                |
|-----|-----|--------------------------------|
| 26. | GR. | Ing. Heinz Hackl               |
| 27. | GR. | Mag. Erich Kaniak (bis TOP 18) |
| 28. | GR. | Walter Liehmann                |

GRÜNE-Fraktion:

- |     |     |                                 |
|-----|-----|---------------------------------|
| 29. | GR. | Wolfgang Vogel                  |
| 30. | GR. | Isolde Katamay                  |
| 31. | GR. | Mag. Maria-Bernadette Märzinger |

Der Leiter des Gemeindeamtes: Hans Schmidt

**Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass**

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde
- b) die Sitzung im Sitzungsplan enthalten ist und die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 2.12.2008 öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 4.11.2008 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.
- f) Als Schriftführer für die Sitzung wird der Amtsleiter Johann Schmidt bestimmt.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen bekannt:

Für die Unterfertigung der Verhandlungsschrift werden von den Fraktionsobmännern folgende Gemeinderatsmitglieder bekannt gegeben:

- |                         |                            |
|-------------------------|----------------------------|
| Für die ÖVP-Fraktion:   | Vizebgm. Johann Schachl    |
| Für die SPÖ-Fraktion:   | Vizebgm. Gertraud Eisterer |
| Für die FPÖ-Fraktion:   | GR. Ing. Heinz Hackl       |
| Für die GRÜNE-Fraktion: | GR. Wolfgang Vogel         |

## Tagesordnung

### Berichte des Bürgermeisters

- a) LHStv. Hiesl teilt mit, dass die Gemeinde Seewalchen aus seinem Ressort €2.500.- für das Buswartehaus in Rosenau erhält.
- b) Bei der Blutspendeaktion am 26. und 27.11. im Rathaus Seewalchen haben 130 Personen Blut gespendet. Darunter waren neun Erstspender und 2 Spender, die zum 25. Mal Blut gespendet haben.
- c) TOP 16 wird abgesetzt

### Fragestunde

**Keine Anfragen, 12 Zuhörer**

### 1. Steuern

Festsetzung der Hebesätze für Steuern- u. Abgaben im Jahr 2009

Bgm.Reiter:

Die Hebesätze der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee für Steuern- und Abgaben bleiben gegenüber dem Jahr 2008 mit Ausnahme der neuen Gebühren bei den Biomülltonnen unverändert. Die Steuerhebesätze einer Gemeinde sind jährlich so zeitgerecht festzusetzen, dass sie mit Beginn des neuen Finanzjahres in Kraft treten können.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
die Hebesätze der Gemeindesteuern- und Abgaben für das Finanzjahr 2009 wie folgt festzusetzen:**

Grundsteuer f. land- u. forstwirtschaftliche Betriebe (A)	mit 500 v.H. des Steuermessbetrages
Grundsteuer f. Grundstücke (B)	mit 500 v.H. des Steuermessbetrages
Hundeabgabe	mit € 30,- pro Hund € 15,- für Wachhunde

Die Abfallgebühr je abgeführte Biotonne beträgt:  
mit 23 Liter Inhalt € 2,70 incl. 10% Ust.  
mit 120 Liter Inhalt € 5,00 incl. 10% Ust.

Alle übrigen geltenden Abfallgebührensätze bleiben unverändert!

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

## 2. Voranschlag für das Finanzjahr 2009

Bgm.Reiter:

Der Voranschlagsentwurf für das Finanzjahr 2009 ist gemäß § 76 Abs. 2 der O.ö. Gemeindeordnung 1990 zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme im Marktgemeindeamt aufgelegt. Gegen diesen Entwurf sind keine Erinnerungen eingebracht worden.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
den Voranschlag für das Finanzjahr 2009 wie folgt zu genehmigen :**

<b>Ordentlicher Haushalt:</b>	<b>Ausgaben :</b>	<b>€</b>	<b>7,389.700,-</b>
	<b>Einnahmen:</b>	<b>€</b>	<b>7,389.700,-</b>
<b>Außerordentlicher Haushalt:</b>	<b>Ausgaben :</b>	<b>€</b>	<b>2,125.000,-</b>
	<b>Einnahmen:</b>	<b>€</b>	<b>2,059.000,-</b>
	<b>Fehlbetrag:</b>	<b>- €</b>	<b>66.000,-</b>

Dieser Fehlbetrag wird mittels Eigenmittel aus dem zu erwartenden Sollüberschuss im Finanzjahr 2008 bedeckt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Finanzjahr 2009 zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeindekasse in Anspruch genommen werden dürfen, wird mit € 1,231.600,- festgesetzt. In diesem Höchstbetrag sind keine Kassenkredite enthalten, die auf Grund früherer Ermächtigungen aufgenommen und noch nicht zurückgezahlt sind.

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben des außerordentlichen Voranschlages bestimmt sind, wird mit € 180.000,- festgesetzt. Dieses Darlehen wird zur Finanzierung der im Jahr 2009 geplanten Sanierungsmaßnahmen beim Schulzentrum verwendet.

**Der Bürgermeister stellt folgende Zusatzanträge:**

- 1) **den Dienstpostenplan lt. Beilage zum Budgetentwurf 2009 festzusetzen**
- 2) **die Förderungen und Zuschüsse, welche die Marktgemeinde Seewalchen am Attersee im Jahr 2009 an diverse Vereine und Institutionen gewährt, lt. vorliegender Aufstellung mit einer Gesamthöhe von €288.200,- festzusetzen**
- 3) **die Schulbudgets für das Jahr 2009 wie folgt festzusetzen:**

<b>Volkschule Seewalchen</b>	<b>€15.500,-</b>
<b>Hauptschule Seewalchen</b>	<b>€16.900,-</b>
<b>Polytechnische Schule Seewalchen</b>	<b>€10.200,-</b>
<b>Musikschule</b>	<b>€ 2.000,-</b>
- 4) **die Richtlinien für die Schul – Budgetabwicklung zu beschließen**
- 5) **die Zuführung an die Rücklage „Arbeit & Wirtschaft“ mit €25.000,- festzusetzen**

Der Bürgermeister betont, dass der Budgetentwurf nicht nur zuletzt in den Fraktionssitzungen, sondern ja auch im Vorfeld bereits intensiv diskutiert und besprochen worden sei . Bei der Erstellung des Erstentwurfes habe es schon im Vorfeld eine Sitzung des Finanzausschusses gegeben. Nach der Vorlage natürlich auch eine entsprechende Besprechung im Finanzausschuss.

Grundsätzlich dürfe er berichten, dass der Budgetentwurf für das kommende Jahr nur mit größter Sparsamkeit ausgeglichen erstellt werden habe können und das trotz der deutlichen Steigerung der Bundesertragsanteile von insgesamt € 361.000,- gegenüber dem heurigen Jahr.

Der Budgetausgleich sei schwierig gewesen, sei aber gelungen, was doch positiv sei, wenn man bedenke, dass sehr viele Gemeinden den Ausgleich im ordentlichen Haushalt nicht mehr schaffen. Im außerordentlichen Haushalt ergebe sich wie bereits mitgeteilt ein Abgang von € 66.000,--, den man aber mit dem sich jetzt abzeichnenden Überschuss aus dem Rechnungsabschluss 2008 decken könne.

Die Einnahmensituation im Jahr 2009 werde sich gemäß den vorliegenden Prognosen trotz der allgemein bekannten Wirtschafts- und Finanzkrise so darstellen, dass die neuerlichen sehr deutlichen Erhöhungen im Gesundheits- und Sozialbereich finanziert werden. Allen sei bekannt, dass der Krankenanstaltenbeitrag und Verbandsbeitrag neuerlich angestiegen sei. Der Krankenanstaltenbeitrag steige um weitere € 89.000,--, also rund 12 % gegenüber dem Vorjahr insgesamt auf € 836.000,--. Der Beitrag für die Sozialkosten werde 2009 bereits € 1,075.000,-- betragen, Mehrkosten von €147.000,-- gegenüber dem heurigen Jahr, also eine Steigerung um 16 %. Weiters werden sich im Jahr 2009 auch die gemeindespezifischen Ausgaben z.B. im Bereich der Kinderbetreuung in Höhe von € 30.000,-- bewegen.

Die Freiwilligen Ausgaben sind, auch weil einige Positionen drinnen sind, die mit dem Einwohnerschlüssel und auch einnahmenmäßig steigen, erhöht worden. Insgesamt werde man wieder fast € 290.000,-- an freiwilligen Ausgaben, Vereinsförderungen, Zuschüssen usw. bedecken.

Der Schuldenstand der Gemeinde werde 2009 rund 4,5 Mio. Euro betragen. Das sei eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund € 867,--. Zum Vergleich im heurigen Jahr waren es € 921,-- und 2007 € 996,--. Die Rückzahlungen seien entsprechend verringert. Die Schulden, allen bekannt, stammen zu 95 % aus der Abwasserentsorgung. Der Gesamtschuldendienst sei nicht unbeträchtlich. Rund € 567.000,-- im Jahr gehen für Darlehensrückzahlungen für den Kanalbau weg. Diese seien aber zur Gänze in den Gebührenkalkulationen enthalten und seien durch entsprechende Einnahmen gedeckt und somit nicht direkt aus den Einnahmen des Budgets. Die freie verfügbare Finanzmasse beträgt im Grund im Jahr nur mehr € 220.000,--, also ca. 3 % der ordentlichen Ausgaben bzw. Einnahmen.

Es ist allen bekannt, dass die frei verfügbare Finanzmasse in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sei, das liege im Wesentlichen an den laufenden Steigerungen der Fixkosten, die man nur sehr begrenzt beeinflussen könne. Er weise auch darauf hin, dass bei den Fraktionssitzungen die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben im Vergleich mit dem vorigen Budget aufgelegt seien. Alleine für Personalkosten brauche man heuer um € 100.000,-- mehr, das seien fast 10 %, weil es eben doch eine ansehnliche Lohnerhöhung gegeben habe und auch entsprechende Vorkehrungen für die Vorrückungen in die nächsten Gehaltsstufen und für Jubiläumswendungen getroffen werden müssen. Außerdem sei zusätzliches Reinigungspersonal aufgenommen worden. Im Bereich der Familienausgaben habe er bereits erwähnt, dass man die Kinderbetreuungsmehrkosten im kommenden Jahr decken könne. Auch die Fixkosten im SHV- und Krankenanstaltenbereich seien bereits angesprochen.

Das Budget 2009 liege vor, er denke es sei ein gutes Budget wenn es auch Jahr für Jahr knapper werde und man aber trotzdem auf der Positivseite verbuchen könne dass praktisch der Haushaltsausgleich gelungen sei, wengleich auch im außerordentlichen Haushalt auch schon Rücklagen verwendet werden.

GR.Vogel W. erachtet es als erfreulich, dass man mit der Sanierung des Schulkonzeptes einen deutlichen Impuls am Arbeitsmarkt setzen könne. Man werde damit zwar nicht die weltweite Rezession irgendwie stoppen können, aber auf dem kleinen beengten Gebiet, auf dem man sich bewege, sei es damit sicherlich möglich. Man könne sich natürlich hinstellen und über die bundespolitischen Maßnahmen schimpfen, ganz konkret über den Finanzausgleich, es habe nur immer weniger Sinn und es werde immer weniger Chancen geben, einmal im Parlament eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen um die Bundesfinanzverfassung zu ändern. Damit werde man mit diesen Dingen wie Sozialhilfeverbandabgaben, Krankenanstaltenbeiträge noch sehr lange leben müssen, außer es komme eine Gesundheitsreform, die das Spitalswesen auf eine gänzlich andere Basis stelle. Damit werde man noch lange von einem Budget zum anderen zittern müssen.

GV.Berger K. betont, man habe das vorliegende Budget zum Teil in den Finanzausschüssen schon vorbereitet und natürlich auch in der Fraktionssitzung entsprechend lange diskutiert und die Entscheidung sei nicht sehr leicht. Er könne nun die üblichen Kritikpunkte anbringen wie in den letzten Jahren, dass man wenn man nicht schaue, dass man ein eigenes Steueraufkommen

zusammenbekomme, immer mehr in Abhängigkeit geraten werde. Nur das vorliegende Budget enthalte einige Finanzposten für die von Herrn Vogel angesprochene Schulsanierung wo die SPÖ durchaus eine konträre Meinung habe, womöglich zu einem Teil des Gemeinderates hier und heute. Die SPÖ könne dem Budget nicht zustimmen, weil sie glaube, dass der Weg der Schulsanierung womöglich ein nicht ganz sinnvoller sei. Aber diesen Punkt werde man heute noch ausführlichst zu diskutieren haben. Aus diesem Grund habe sich die SPÖ-Fraktion dazu entschlossen, dem Hauptantrag, dem Budget nicht zuzustimmen. Die Zusatzanträge, die Herr Bürgermeister vorgelesen habe, was Schulbudget und solche Dinge betreffe, werde jedoch Zustimmung finden.

GR.Hackl will ebenfalls nicht wieder in den alten Wunden wühlen, möchte aber eine Kleinigkeit des Herrn Kollegen Vogel richtig stellen. Alles habe nicht der Bund zu verantworten. Z.B eine Reform des Sozialhilfeverbandes würde im Wirkungsbereich des Bezirkes und des Landes liegen. Er rege auch heuer ganz dringlich an, diesen Sozialhilfeverband zu durchforsten, zu entrümpeln und auf eine gesunde Finanzierungsbasis zu stellen. Wie auch immer die ausschaue, es könne nicht so weiter gehen, dass jedes Jahr eine Steigerung von € 100.000,- das Gemeindebudget belaste und im Gegenzug die Einnahmen in den nächsten Jahren wahrscheinlich sinken werden. Die FPÖ-Fraktion habe ein ähnliches Problem wie die Kollegen von der SPÖ-Fraktion. Auch sie seien der Meinung, dass die Schulsanierung so wie sie jetzt anstehe nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Dadurch könne man dem Budget im Hauptpunkt auch nicht zustimmen. Er stimme aber Herrn Berger bei, dass die FPÖ die Zusatzanträge sehr wohl positiv behandeln werde.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Hauptantrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	16	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			GRÜNE-Fraktion:	3	
Gegen den Antrag:	15	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	12	
			FPÖ-Fraktion:	3	

Der Bürgermeister lässt über seine gestellten Zusatzantrag durch Handheben abstimmen und stellt eine  **einstimmige**  Annahme fest.

### 3. Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2009 – 2012

Bgm.Reiter:

Der mittelfristige Finanzplan für die Planungsperiode 2009 – 2012 umfasst insgesamt 7 Projekte (incl. Zwischenfinanzierungen) mit einem geschätzten Gesamtinvestitionsvolumen von € 7,510.000,- . Die für das Jahr 2009 enthaltenen Einnahmen und Ausgaben sind deckungsgleich mit dem außerordentlichen Voranschlag 2009:

2009	2,125.900,-
2010	2,075.000,-
2011	1,655.000,-
2012	1,655.000,-

Für die Abgänge beim Projekt Schülerhort im Investitionsplan 2009 – 2012 ist aus heutiger Sicht eine Bedeckung mit erhöhter Fremdmittelfinanzierung (Darlehen) vorgesehen.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,  
den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2009 – 2012 zu beschließen.**

GV.Berger K. stellt fest, dass die SPÖ natürlich analog des vorhergehenden Punktes aus den selben Gründen dem mittelfristigen Finanzplan nicht zustimme.

GR.Kaniak betont, wie man aus den Budgetzahlen bzw. dem Vorhaben ersehe, mache der Brocken Sanierung Schulzentrum praktisch das gesamte Budget eines Jahres aus. Man habe jetzt 2 bis 3 Jahre mit einer guten positiven Wirtschaftsentwicklung hinter sich und selbst in diesen guten Jahren sei man nicht fähig gewesen, sich einen Polster anzulegen für schlechte Zeiten, die vielleicht jetzt und mit Sicherheit aber nächstes Jahr kommen werden. Man habe überhaupt nicht vorgesorgt. Man sei immer am Limit und reize immer alles aus. Man habe immer spontane Entscheidungen, die aus der Situation heraus getroffen werden, aber langfristig zukunftsorientiert in die Zukunft zu investieren – diese Vorhaben seien eigentlich marginal.

Ob es jetzt Kultursaal oder ein multifunktionelles Sportveranstaltungszenrum, die Verkehrssituation oder die Standortanalysen für die Zukunftsprognosen seien, hierüber höre er höchstens ein Gemurmel, aber keine Debatte in der Gemeinde, in der zukünftigen Stadt Attersee-Nord. Wenn man über die Grenzen hinausschauen werde man nicht umhinkommen, festzustellen, dass diese Verwaltungseinheiten zusammenzulegen seien um dem Bürger genauso Service zu leisten. Ob das jetzt Schörfling, Seewalchen oder Gampern sei, das Potential sei vorhanden. Er vermisse die Zukunftsdiskussion, wo solle die denn stattfinden? Unter der Bevölkerung ? Unter den Gemeinderäten? Natürlich wäre das der ideale Ort. Wie solle Seewalchen in 10 Jahren ausschauen? Diese hier vorgeschlagene mittelfristige Finanzierung sei ja praktisch ein vorsichtiges Vorantappen.

Er zitiere den Bürgermeister vor ca. 10 Jahren als der noch Oppositionspolitiker gewesen sei. Damals sei er für die mittelfristige zukunftsorientierte Planung auf die Barrikaden gegangen. Natürlich werde man, wenn man in der Führung sei, etwas vorsichtiger. Man gehe auch nicht mehr so schnell und schleiche und versuche nicht rückwärts zu gehen. Das sei das Problem und man habe nicht die Chancen ergriffen, wie andere Gemeinden, die sich getraut haben, große Investitionen zu machen.

Jetzt in der Situation wo der Bund so groß töne, dass er ein Konjunkturprogramm auf dem Infrastruktursektor erstellen müsse, wäre das doch der ideale Fall, solche Dinge in Angriff zu nehmen. Man müsse Vorschläge machen. Wenn man keine Vorschläge mache, könne man auch nichts fordern. Aus diesem Grunde könne er dieser mittelfristigen Planung nichts abgewinnen und werde sie daher auch ablehnen.

Der Bürgermeister gibt Herrn Kaniak grundsätzlich Recht, dass gewisse mittelfristige oder langfristige Planungen auch nicht Gegenstand dieses mittelfristigen Finanzplanes seien. Herr Kaniak sei schon lange in diesem Gremium, lange im Finanzausschuss und lange im Prüfungsausschuss und er wisse auch zu seinem Hinweis, dass er seinerzeit immer den mittelfristigen Finanzplan eingefordert habe, dass es damals nicht Usus gewesen sei, diesen zu machen, obwohl es in der Gemeindeordnung vorgesehen sei. Herr Kaniak habe immer betont, dass man das machen sollte um wenigstens eine Punktdiagnose zu haben für die nächsten 4 Jahre was denn so auf die Gemeinde zukomme.

Der mittelfristige Finanzplan sei kein Ortsentwicklungsplan und was Herr Kaniak jetzt gemeint habe, das wäre ein größeres Konvolut, welches im wesentlichen ja auch da sei. Es sei halt so, da gebe er Herrn Kaniak schon Recht, dass die Schritte manchmal etwas langsamer werden, dann wenn auch die entsprechend finanzielle Ausstattung nicht mehr da sei.

Er wisse noch sehr gut, in der Zeit wo er und Herr Kaniak noch in der Opposition gewesen seien, das sei die Periode von 1991 bis 1997 gewesen wo es diese Ortsentwicklungskonzeptentwicklung geben habe. Damals habe z.B Frau Födinger einen Arbeitskreis geleitet. Seinerzeit seien auf den verschiedensten Ebenen Vorschläge gemacht worden und es habe auch das Verkehrskonzept 1994 gegeben. Dieses habe man heuer mit einem Teil einmal fertiggestellt. Es stimme schon, es dauere einfach sehr lange, aber nicht nur weil die finanziellen Möglichkeiten kleiner werden, sondern auch weil die rechtlichen Gegebenheiten passen müssen. Die Entwicklungen mit dem Abbruch des Kastinger-Areals und des Aignerareals haben einfach die Möglichkeit gegeben, diese, unsere Entlastungsstraße zu bauen und es werde auch noch Möglichkeiten geben, all das was da drinnen stehe noch umzusetzen. Man müsse aber auch die Rahmenbedingungen beachten und das werde man mit Sicherheit machen.

Der Mittelfristige Finanzplan sei eine Prognose dessen, was sich in den nächsten Jahren bereits jetzt abzeichne und sei auch jedes Jahr zu adaptieren. Sollte sich irgendwo eine Chance für etwas ergeben, dann sei natürlich sofort darauf abzustellen.

GV.Vogel O. bemerkt, man sehe, dass bis 2012 mit sinkenden Einnahmen gerechnet werde. Die Schulsanierung mit rund 8 Mio. Euro, gefördert rund 70 %, sei da eingearbeitet. Wenn man heute sage, man gebe 6 Mio. Euro mehr aus, werde man zur Abgangsgemeinde. Keiner im privaten Bereich könne sich das leisten, schlicht und einfach Größenordnungen auszugeben, von welchen man wisse, dass man das nicht in absehbarer Zeit zurückzahlen könne. Man verbaue sich damit in Zukunft Projekte überhaupt anzudenken. Nämlich gerade Ortsentwicklungskonzepte wie Hauptstraßeneinbauten, Umbauten oder sonst etwas. Er sehe das genauso wie der Bürgermeister, es sei im Prinzip eine Vorschau über das was zu erwarten sei. Die Schulsanierung sei hier mit einem kleinen Spielraum für Projekte, die dem Ort zu Gute kommen, eingearbeitet. Wenn man hier mehr ausgabe, werde halt nicht mehr sehr viel gehen und man werde Schulden machen und dafür Zinsen zahlen müssen.

GR.Liehmann findet die Schilderung von Herrn Kaniak blumig. Im Klartext sollte er sagen, mit einer Sanierung prolongiert man die Ausgaben mit Sicherheit. Abgesehen davon sei diese Sanierung sicher nicht zeitgemäß, sowohl in der Platzanforderung als auch in der Energiefrage. Des weiteren habe er damit gemeint, dass auch die Infrastruktur rundherum nicht besser werde. Ganz im Gegenteil, es werde immer problematischer und da möchte er nur auf die Autobus- und Parkplatzproblematik hinweisen. Es sollte natürlich in einer Synergie mit Allem sein und vor allem mit dem politischen Willen, der laufend geäußert werde, dass gerade jetzt in dieser schlechten kommenden Zeit derartige Projekte in Angriff genommen werden sollten. Aus diesem Grund sei man in der Fraktion zur Auffassung gekommen, so etwas sollte als Gesamtumgesehen werden, entsprechend durchdacht und entsprechend politisch vorbereitet werden und zwar im Hinblick auf die Aussagen, die jetzt getätigt worden seien. Da wollte man eben einhaken und sagen, das mit den 9,5 Mio. Sanierung und neuen 40,8 Mio. sei natürlich ein großer Brocken. Nur dieser Brocken rechne sich, gerade mittelfristig. Das sei das Wesentliche und auch das entsprechende Rundherum müsse man sehen.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	16	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			GRÜNE-Fraktion:	3	
Gegen den Antrag:	15	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	12	
			FPÖ-Fraktion:	3	

#### 4. Generalsanierung Schulzentrum Finanzierungsplan

Bgm.Reiter:

Die Überprüfung des Antrages der Marktgemeinde Seewalchen beim Amt der öö. Landesregierung zur Finanzierung der Generalsanierung des Schulzentrums inkl. Zubau von 2 VS-Klassen, Umrüstung auf Biomasseheizung, sowie den Einbau einer öffentlichen Bücherei ergab einen förderfähigen Gesamtbetrag in Höhe von € 8,048.705,-. Der zwischen der Direktion Bildung und Gesellschaft und der Direktion Inneres und Kommunales ausgearbeitete Finanzierungsvorschlag sieht folgende Finanzierung dieses Projektes vor:

Eigenmittel:	€	1,148.705,-
a) Anteilsbetrag des ord. HH.	€	1,108.705,-
b) Rücklagenentnahme	€	40.000,-
Darlehen:	€	1,340.000,-
Landeszuschuss (Direktion Bildung u. Gesellschaft)	€	2,780.000,-
Bedarfszuweisungsmittel (Direktion Inneres u. Kommunales)	€	2,780.000,-

**Gesamt: € 8,048.705,-**

**Der Bürgermeister stellt folgende Anträge:**

- 1. den vorliegenden Finanzierungsplan lt. Schreiben des Amts der öö. Landesregierung vom 27.11.2008 zu beschließen**
- 2. mit der Schulsanierung im Jahr 2009 zu beginnen**

Der Bürgermeister blickt historisch zurück. Das Kapitel Schulsanierung verfolge uns ja schon seit einigen Jahren. Es habe auch eine Periode gegeben, in der er noch nicht hauptverantwortlich gewesen sei und bereits damals habe es laufend notwendige Sanierungsmaßnahmen gegeben. Sie seien immer in Einzelanträgen abgewickelt worden, sind jeweils einzelständig an die zuständigen Landesstellen gesendet worden und dann habe es eine Finanzierung gegeben. Letztendlich sei dann absehbar gewesen, dass es sinnvoll wäre, bald ein Gesamtsanierungskonzept zu erarbeiten.

Er erinnere an eine schon sehr lange zurückliegende Sitzung des Gemeinderates 27.6.2000, hier habe man einstimmig beschlossen, einen Planer mit der Erstellung eines Maßnahmenkataloges für die Schulsanierung mit Kostenschätzung zu beauftragen. Es sei in dieser Sitzung von der SPÖ-Fraktion massiv gefordert worden, ein Generalsanierungskonzept zu überarbeiten. Das sei dann auch gemacht worden. Im Jahr 2004 sei dieses Sanierungskonzept letztendlich dann auch noch einstimmig beschlossen worden.

Am 25.3.2004 habe der Gemeinderat einstimmig beschlossen, der Sanierungsvariante 4 des Sanierungskonzeptes zuzustimmen und eine positive Stellungnahme zum vorgeschlagenen Raumprogramm des Landes abzugeben. Es sei dann an das Land ergangen und es sei auch klar gewesen, dass ab 2004 noch einige Jahre Wartezeit einkalkuliert werden müssen, damit man einen realistischen Baubeginn habe.

Man habe in den Jahren 2004 bis 2006 dieses Sanierungskonzept ausgefeilt. Amtsleiter Schmidt und der beauftragte Herr Weigert von der GSG haben praktisch die Schule vom Keller bis zum Dach durchleuchtet und einen Maßnahmenkatalog mit Raumbuch erarbeitet. Der damalige Kostenrahmen wurde dann mit rund Euro 6,2 Mio. netto festgestellt und auch vom Land uns dies mitgeteilt. Am 21.8.2006 sei das bei uns eingelangt und da habe das Land OÖ. schriftlich erklärt, dass das von der Gemeinde Seewalchen vorgelegte Generalsanierungskonzept von den Fachabteilungen geprüft worden sei.

Die Sanierungskosten werden mit € 7,3 Mio. brutto Preisbasis 2006 als förderbar anerkannt, die Sanierung als zweckmäßig wirtschaftlich und sparsam beurteilt. Bei einer Gegenüberstellung der Baukosten für Sanierung und Neubau sei festgestellt worden, dass der Prozentsatz der Sanierungskosten bei 54 % von Neubaukosten zu liegen komme. Es habe dann im Sommer dieses Jahres ein Gespräch mit LR.Stockinger gegeben weil man nicht mit 6 Mio. Euro sondern nur mit 3 Mio. Euro im damaligen Schulbauprogramm des Landes gelistet gewesen sei.

Man hätte im Jahr 2007 bereits beginnen können, allerdings nur mit diesen im Schulbauprogramm des Landes enthaltenen 3 Mio. Euro. Es sei der Vorschlag des Gemeindeferenten gewesen, das noch einmal zu überdenken, obwohl man schon eine Zusage gehabt habe, denn man hätte dann eine mehrjährige Baupause gehabt und dann weiter machen müssen. Der Vorschlag sei gewesen, den Baubeginn zurückzustellen und zwar auf 2009 und dann durchzufinanzieren, denn es sei damals schon in Aussicht gestellt worden, dass diese Finanzierung auch halten werde. Man habe im November 2007, nachdem sich die Rahmenbedingungen geändert haben um Überprüfung des Raumbedarfes ersucht. Das sei im Frühjahr positiv erledigt worden und es sei festgestellt worden, dass in der Volksschule zwei zusätzliche Klassen Raumbedarf anerkannt und auch zu erwarten seien. Auch eine gemeinsame öffentlichen Schulbibliothek unter gleichzeitiger Mitbenützung aller Schulen und der Öffentlichkeit sei befürwortet worden. Im Bildungsausschuss im Juni dieses Jahres sei intensiv diskutiert worden und eine neue Kostengegenüberstellung von Sanierungen und Neubau empfohlen. Es sei dann eine aktualisierte Kostenschätzung gemacht worden inklusive der Indexerhöhung und des Zubaues von zwei Volksschulklassen, des Einbaues dieser Bibliothek und der Umstellung auf eine Biomasseheizung. Gleichzeitig sei noch einmal gefordert worden, auch bei den aktuellen Kosten eine Gegenüberstellung der Sanierungskosten zu den Neubaukosten vorzunehmen. Diese habe ergeben, dass selbst unter Berücksichtigung all dieser Mehrkosten wie

Index, zusätzliche Klassen, Bibliothek, zusätzliche Kosten für die Biomasseheizung die Sanierungskosten bei rund 60 % der Neubaukosten liegen.

Es sei dann in der Prüfungsausschusssitzung diskutiert worden. Es seien sämtliche vorhandene Zahlen den Fraktionen mitgeteilt worden. Mittlerweile sei ein Finanzierungsplan des Landes, der Anfang Dezember eingelangt sei, vorhanden. Darin seien Nettokosten von 8 Mio. Euro anerkannt worden. Der Finanzierungsplan sehe die entsprechenden bereits bekannt gegebenen Landesmittel vor und man könne mit einer Förderhöhe von rund 70 % der jetzigen Kosten rechnen. Weiters dürfe er noch berichten, dass am Montag diese erforderliche Bauplangenehmigungsverhandlung mit Sachverständigen des Landes mit den Anrainern und den Direktoren stattgefunden habe.

Es habe seitens der Direktoren noch diverse Korrekturen und Einwendungen gegeben. Auch Frau Dir. Kindl habe ihm heute noch ein längeres Mail zum Raumbedarf geschrieben. Es solle noch einmal überprüft werden ob er Raumbedarf auch in Hinkunft so sein werde. Man werde auch sehr detaillierte Ausführungen an das Land weitergeben. Mit der Vorlage dieses Finanzierungsplanes und mit dem zu erwartenden positiven Bauplangenehmigungsbescheid und einer sicherlich noch zu erfolgenden Gründung einer KG für die Abwicklung der Sanierung, wäre man startklar. Voraussetzung sei die Mehrheit für diesen Finanzierungsplan, damit man die nächsten Schritte wie KG-Gründung usw. setzen könne. Er ersuche daher trotz der Bedenken, diesem Finanzierungsplan zuzustimmen.

Vizebgm.Eisterer merkt an, dass es richtig sei, dass man sich seit Jahren mit dem Thema Schulsanierung beschäftige. Ihr sei auch in Erinnerung gewesen, dass man eigentlich im Jahr 2007 mit der Sanierung hätte beginnen können. Sie habe aber nicht mehr gewusst, dass man nur ein vermindertes Budget zur Verfügung gestellt bekommen hätte. 2007 sei ein wirtschaftlich gesehen gutes Jahr gewesen. Man habe von Vollbeschäftigung gesprochen. Es wäre sicherlich für den Sanierungsbeginn ein gutes Jahr gewesen. Aber das Jahr 2007 sei vorbei und man habe weitergearbeitet. Die Verschlechterung des Bauzustandes der Schule habe sich weiterentwickelt. Man könne fragen wo man wolle, die Substanz in der Volksschule sei von der Fundamentierung her schlecht. Es gebe Feuchtigkeitseinbrücke etc. Das werde man sicherlich jetzt nicht aufhalten können. Das sei auch mit ein Grund und nicht nur die zusätzlichen Dinge, dass die Sanierungskosten jetzt schon gestiegen seien. Sie meine, wenn man 5 Jahre immer wieder saniere und wieder ein bisschen dazubauere werden die Kosten weiter steigen weil sich der Zustand der Schule weiter verschlechtern werde. Man liege jetzt schon bei 9 Mio. Euro, man spreche von 60 % etwaiger Neubaukosten.

Sie glaube, dass da ein ordentlicher Kaufmann sehr wohl ganz genau überlegen würde, ob man neu baue, denn man setze da täglich Geld in viele ungewisse Dinge. Bei Sanierungen komme man oft erst bei der Arbeit darauf, was nicht mehr gut sei. Des weiteren habe sie zwar gehört, könne es sich aber in der Praxis nicht richtig vorstellen, dass man wenn man auf die Generalsanierung beharre, im Jahr 2009 beginne und immer nur in den Sommerferien gearbeitet werde. Das höre sich gut an, aber sie denke, dass es nicht möglich sein werde, gewisse Arbeiten einfach zu stoppen, die Maschinen wegzufahren und 1 Jahr später wieder weiter zu machen. Außerdem habe man sich im Laufe der Jahre Gedanken gemacht, was die Seewalchner Eltern wollen?

Die SPÖ habe sich in der letzten Zeit die Mühe gemacht und in das Seewalchner Volk hineingehört. Kein Einziger habe gemeint, dass eine Sanierung, noch dazu eine so teure, eine gute Sache sei, überhaupt wenn es sich so lange Jahre dahinziehe. Es gebe berechtigte Sorgen, dass diese ganze Sanierung ein Flickwerk werde und dass man nach 5 Jahren die Sanierung von der Sanierung beginnen werde. Darüber müsse man nachdenken. Man könne vielleicht gewisse Dinge hinauszögern, aber in ein paar Jahren habe man das selbe Problem wieder. Wirtschaftlich sei es auch nicht ganz verständlich, dass so viel Geld für eine Sanierung ausgegeben werde, weil die Schule schlussendlich so bleibe wie sie sei. Es kommen zwei Klassen dazu, der neue Schülerhort werde gebaut und es komme vielleicht die Bibliothek dazu aber grundlegend könne sich nichts ändern.

Man höre so viel, dass in den Schulen jetzt Einiges passieren müsse. Es gebe sehr viel Lehrer und für neue Schulformen und Unterrichtsformen werde auch Platz gebraucht. Habe man den Platz dann in der generalsanierten Schule? Habe man genug Platz für den Werkunterricht oder müssen die Lehrer wieder ständig wandern? Sie empfinde es auch als unzumutbar, dass die Kinder und die Lehrer 5 Jahre in einer Bausstelle lernen und arbeiten müssen. Denke man da an die ständigen Lärmbelästigungen? Man sollte schon auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten den Blick nach vorne richten. Das würde für sie bedeuten, dass man neu bauen sollte. Natürlich müssen dann diverse Projektarbeiten wieder neu begonnen werden. Natürlich müssen dann neue Finanzpläne neu beantragt werden. Aber sie meine, wenn der Wille im Gemeinderat für einen Neubau gegeben sei,

dann werde man auch rasch etwas weiter bringen und die neue Schule womöglich zum selben Zeitpunkt eröffnen in dem das fünfte Jahr der Renovierung gerade abgeschlossen wäre. Sie glaube, man brauche wirklich eine zukunftsweisende Schule.

Die Schule solle bei einem optimalen Verkehrsstandort errichtet werden, der sei dort nicht gegeben. Die ökologisch und energietechnischen Anforderungen sollen dem neuesten Standard entsprechen und für die Zukunft ausgerichtet sein. Man brauche auch eine neue Schule, die nach den besten schulischen Bedingungen, Erfordernissen und Erkenntnissen gerichtet sei. Man habe nichts gemacht, wenn man eine Schule generalsaniere die vor 30 oder 40 Jahren einen Architektenpreis bekommen habe. Wenn man den Schritt wage dann könne man als Seewalchner für eine gute schulische und pädagogische Zukunft unserer Kinder und Lehrer für Jahrzehnte garantieren. Schüler und Lehrer sollen ja auch mit Freude in die Schule gehen.

GV.Vogel O. habe primär auch den Neubau angedacht, sieht aber die Kosten des Neubaus sowie zusätzliche Probleme. Man habe an Planungskosten bisher € 50.000,- aufgewendet. Zusätzlich kommen die Kosten des Amtes. Drei Jahre Baubeginn mit einem Neubau sei eventuell möglich aber nicht wahrscheinlich. Es müsse der Grund angekauft werden, ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden, zum Land kommen, genehmigt retour kommen und das würde ca. 4 bis 5 Jahre dauern, 2 Jahre Bauzeit noch dazu, dann sei man bei ca. 7 Jahren. Man müsse dann für diese Zeit trotzdem zumindest provisorisch sanieren was zu den Kosten dazukäme. Er sei daher für die Sanierung. Es gebe Beispiele wo Schulen während des Sommers saniert worden sind. Eine Baustelle sei zwar nicht angenehm, sei aber mit gegenseitigem Willen sicher zu schaffen. Rein aus finanziellen Gründen sei einfach die Generalsanierung die sonnvollste Variante.

GR.Liehmann W. weist darauf hin, dass in all den Ausführungen des Herrn Bürgermeister herausgekommen sei, dass nur über den Komplex gesprochen worden sei. Es sei nicht mitkalkuliert worden z.B. der Verkauf des Areals, die Infrastruktur, Sport, Kultur, Musikschule, usw.. Die Antwort für Frau Kindl sei ja auch noch in Arbeit. Man müsste die Sache breiter verfolgen und dann eine Entscheidung treffen.

GR.Huber F. verweist bezüglich der Aussage von Frau Eisterer betreffend der Raumgestaltung, und ausreichend Klassen auf die Aussage von Herrn Weigert, der habe gesagt, dass man diese Größen der Klassen, die man heute habe, in Zukunft nicht mehr bekommen werde, weil eben die Raumaufteilung bzw. der Raumgrößenbedarf heute ein viel kleinerer sei. Der Feuchtigkeitseinbruch in der Volksschule sei ein bekanntes Thema und sei mit einkalkuliert in die jetzigen Baukosten an der Nordseite. Dass eine Sanierung letztendlich zum Ziel führe glaube er schon, wie man auch bei der Schule Wagrein in Vöcklabruck gesehen habe. Dass man eine sanierte Schule nicht wieder sanieren müsse erachte er eher als polemisch. Zurück zum Herrn Weigert, dieser habe schon akkreditiert, dass die Schule vom Grundaufbau her in einem guten Zustand sei. Der wärmetechnische Zustand sei schlecht. Alles was den wärmetechnischen Bedarf anbelange gelte es zu sanieren, wie Fenster, Wärmedämmung usw.

GR.Vogel W. spricht sich für einen Schulneubau aus. Aber man habe heute einen ganz anderen Beschluss. Man habe im März 2004 die Variante 4 beschlossen, dass die Sanierung herangezogen werde. Das sei ein einstimmiger Beschluss gewesen. Es sei nur eine einzige Anfrage an den Bildungsausschussobmann ergangen, ob die Lehrer bei dieser Variante eingebunden worden seien. Die Lehrer sind eingebunden worden, haben ihre Meinung geäußert und seien letztlich zufrieden gewesen. Das war vor 4 Jahren und jetzt sei aus diesem Ganzen eine Finanzierungszusage des Landes entstanden. Man habe einen Finanzierungsplan, der nun zu beschließen sei. Wenn man jetzt sage, man mache diesen Finanzierungsplan nicht, dann habe man kein Geld, also auch kein Geld für einen Neubau bzw. die Vorarbeiten eines Neubaus. Der Neubau habe ja noch nicht einmal einen Standort. Es sei noch nicht einmal eine wirkliche Idee vorhanden, wo dieser hinkommen sollte. Er könne sich nicht vorstellen, dass das vor 10 Jahren fertig würde. In diesen 10 Jahren müsse aber der Schulkomplex saniert werden, ansonsten er zusammenfalle. Dann habe man eigentlich ein zweigeleisiges Fahren und doppelte Kosten.

GV.Mayrhofer G. geht ins Detail gegen die Sanierung. Man habe die Sitzung am 20. Oktober mit Herrn Weigert gehabt. Man habe da nachgefragt bezüglich Wassereintrüche, ob es Oberflächenwasser oder Quellwasser sei und was einen da erwarten könne. Hier habe er eigentlich

keine schlüssige Antwort geben können und gesagt, dass keine Grabungen stattgefunden haben. Er habe nur gesagt, dass man Wassereinbrüche in den Griff bekommen könne. Wenn es Quellwasser sei, dann wäre es schwierig in den Griff zu bekommen. Bezüglich Hackschnitzelheizung, die finde er OK, aber über die Anlieferung der Hackschnitzel sei nicht so genau gesprochen worden. Wie werde angeliefert, müsse die Straße im Schulwegbereich neu gestaltet werden? Was ergebe das an Mehrkosten? Auch hier habe man keine Antwort bekommen. Mit welchen Mehrkosten sei durch die lange Sanierungsmaßnahme zu rechnen? Man habe von € 1,2 Mio. bis € 7 Mio. gesprochen, 2005 dann habe man erfahren € 8,5 Mio. werde es etwa ausmachen, zwar zu 70 % gefördert durch das Land, aber man habe nicht berechnet, was in den 5 Jahren passieren werde, was sich ergeben werde und was das an Mehrkosten sein könnte. Da überlege er, ob man nicht vielleicht bei 11 oder 12 Mio. Euro liegen werde. Er sei nun 10 Jahre im Bildungsausschuss tätig. Man sei bis jetzt noch jedes Jahr zur Schule hinausgepilgert und habe sich die Parkplatzsituation und die Verkehrssituation an Schultagen angeschaut und man habe alle Jahre Stellplätze gemacht wieder weggegeben und es sei nie etwas Vernünftiges herausgekommen. Man habe angefordert, ein korrektes Verkehrskonzept vorzuschlagen. Es seien 2 bis 3 Varianten im Raum wobei man bei dem einen nicht einmal gewusst habe, woher man den Grund bekomme. Da seien schon noch einige Unbekannte in dem gesamten Sanierungsprogramm, wo man nicht wisse, was es im Endeffekt kosten werde. Es sei schon klar, dass ein Neubau auch wieder Vorlaufzeiten brauche und dass es Finanzierungsmöglichkeiten geben müsse. Er glaube, dass man auf lange Sicht nicht um einen Neubau umhinkomme und dass die Sanierung sehr lange auf das Budget drücken werde und dass nicht gesagt sei, dass man deswegen in drei Jahren keine Abgangsgemeinde sei.

GR. Wechselauer betont seit der Eröffnung im Jahr 1982 Lehrer an dieser Schule zu sein. Da habe es die Volksschule schon einige Jahre gegeben. Kurz darauf habe er sein eigenes Haus gebaut und würde ihn heute jemand fragen, ob er sein Haus abreißen sollte und neu bauen, würde er ihn spontan als verrückt erklären. Nur bei öffentlichen Bauten scheint es einigen Gemeinderäten ein bisschen leichter zu fallen, damit umzugehen, eine bestehende Substanz einfach wegzureißen um etwas Neues bauen zu können. Aus ökologischer Sicht erscheine ihm das nicht sinnvoll. Man müsse damit rechnen, dass man Rohstoffe verschwende. Man müsse auch damit rechnen, dass man wieder neue Rohstoffe produzieren müsse. Man arbeite sicher den Zielen entgegen, die man sich europaweit gesetzt habe, unsere Umwelt weitgehend zu schonen und neuerdings Kohlendioxyd, dass vor allem für unsere Probleme Sorge, zu produzieren, dort wo es nicht unbedingt notwendig sei bzw. leicht vermeidbar sei. Insgesamt würde ein Neubau sicherlich aus dieser Sichtweise nicht gut zu bewerten sein.

Eine zweite Sichtweise habe Herr Huber bereits vorgenommen und er stimme in diesem Fall auch nicht mit Frau Eisterer überein - die Raumgröße. Er habe Einsicht genommen in die Schulbau- und Einrichtungsverordnung und da heiße es unter anderem, dass zwei Drittel der Klassen etwa mit 50 bis 55 m<sup>2</sup> gebaut werden sollen. Wenn er an die Seewalchner Schule denke, dann erreiche man die Raumgrößen nicht mehr. Wenn man bedenke, dass die Schülerzahl auf 25 pro Klasse gesenkt worden sei, dann sei auch nicht zu erwarten, dass hier die oberen Grenzen sondern eher die unteren Grenzen zur Berechnung dieses geschätzten 14 Millionenbetrages für einen Neubau hergenommen werden.

Weiters heiße es, das Lehrerzimmer solle mindestens 20 m<sup>2</sup> haben. Im übrigen richte sich die Größe des Lehrerzimmers allenfalls eingereicher Lehrer Sozialraum nach der Anzahl der Lehrer. Es gebe keinerlei Rückhalt, wie groß diese Räumlichkeiten in einem Neubau ausgeführt werden. Er schließe daraus, dass man bei einem Neubau die derzeitigen Raumgrößen nicht mehr erreichen werde. Weil man gerade geschätzt € 6 Mio. mehr investieren müsse auch keine finanzielle Möglichkeit auf die Bedürfnisse und die Wünsche der einzelnen Schulen und Direktionen einzugehen. Man werde dann zu tun haben, überhaupt die Finanzierung des Baues zu bekommen. Aus dieser Sicht und nicht nur aus der finanziellen Sicht sehe er die Variante Sanierung günstiger als einen Neubau, denn er glaube, dass man da auch räumlich besser abschneide. Natürlich müsse man Wert darauf legen, dass die Sanierung solche befürchteten Dinge, wie dass wieder Wasser hereinkomme, ausschließe. Aber 100%ig ausschließen könne man Fehler auch bei einem Neubau nicht.

GR.Aigner betont, dass für den Schulneubau sprechen würde, dass es keine Störungen des Unterrichtes während der Bauarbeiten geben würde. Die Raumverfügbarkeit könnte auf den aktuellen Stand gebracht werden. Er glaube nicht, dass der aktuelle Stand eine Verkleinerung werden würde. Es könnte das neue Schulgebäude auf ökonomische Energieeffizienz durch Dämmung und Heizung

errichtet werden. Man könnte den Vorteil des Klimabündnisses diesbezüglich nutzen. Die Verkehrssituation derzeit sei völlig unzulänglich. Bei einem neuen Standort könne man die Verkehrssituation sicher wesentlich verbessern. Die Schulräume wären nach den neuesten Erkenntnissen zu gestalten und zu adaptieren. Man hätte die entsprechenden EDV-Anschlüsse an Ort und Stelle. Es gebe nur einen Nachteil, nämlich den um 1 Drittel höheren Preis. Aber dafür würde sprechen, dass man in den nächsten 30 Jahren kein Geld mehr in die Hand nehmen müsste. Die reine Bauzeit wäre maximal 3 Jahre gegenüber der Sanierung, die wahrscheinlich 5 Jahre dauern würde.

GR.Hackl würde ebenfalls sein Haus nicht abreißen wollen bemerkt aber, dass Herr Wechselauer sein Haus bereits damals ökologisch sinnvoll gebaut habe. Die Schule sei im architektonischen Zeitgeist der 70er Jahre entstanden. Es wäre sicher zu sanieren, das sei nur eine Frage des Aufwandes. Für ihn habe sich nur in den letzten Monaten das komplette Umfeld gewandelt, die wirtschaftlichen Aussichten, die damit verbundenen vielleicht besseren Förderaussichten vom Bund her. Einige Gespräche mit den Planern, die auch zu denken gegeben haben.

Man habe gerade gesagt Sanierung, dann sei es wieder toll benützbar. Man habe in unmittelbarer Nähe, in Schörfling eine sanierte Schule die jetzt gesperrt sei und die Klassen seien jetzt im Container., weil bei der Sanierung übersehen worden sei, dass die Schule statisch irreparabel sei. Nun frage der den Sachverständigen ob man unsere Statik angeschaut habe – so rein optisch passe es. Auf die Frage von einem Kollegen wie es mit Asbest ausschaue, habe es geheißen, dass offensichtlich nichts aufgetaucht sei. Man habe das Paradebeispiel in Schörfling, wie so etwas ins Auge gehen könne.

Man habe auch in den Unterlagen Zahlen für das Verkehrskonzept wo man schon wieder fast von einer halben Mio. Euro rede. Das wäre aber auch nur eine Notlösung. Es sei schon richtig, wie Herr Dr.Vogel gesagt habe, dass man € 50.000,- in die Planungen usw. gesteckt habe, aber es komme ihm immer noch so vor wie wenn man ein altes Auto saniere. Irgendwann müsse man sagen, das sei eine Planung gewesen, man habe es investiert und müsse es verantworten, aber schaue man trotzdem in eine neue Richtung. Man sollte sich das zumindest noch einmal anschauen.

Vizebgm.Schachl betont man berate seit 7 ½ Jahren mehr oder weniger aktiv um diese Schulsanierung. Es erscheine ihm eigenartig, dass nun nach 7 ½ Jahren Beratungen man zurück wolle und von vorne anfangen wolle. Es sei unbestritten, dass ein Neubau auch Vorteile hätte. Darüber sei sich jeder einig. Ihn haben auf Grund des Artikels in der SPÖ-Zeitung einige Leute angesprochen, im Gegensatz von Frau Eisterer sei kein einziger darunter gewesen, der gesagt habe, super jetzt wird endlich der alte Bau abgerissen und es gehöre schon lange etwas Neues her? Sondern eigentlich habe er den Tenor gehabt, dass man sich nicht vorstellen könne, dass man das Objekt jetzt schon wieder wegreiße und etwas Neues mache. Vom Standort her mag es richtig sein, dass es vielleicht idealere Plätze gäbe.

Er bezweifle jedoch, dass das bei der Autobahnabfahrt oder bei der Gampernerstraße der richtige Platz sei. Man sei dann beim Punkt Null und müsse ganz von vorne gewinnen. Bezüglich mehr Förderung, die es vielleicht gebe, glaube er, dass es eher weniger Geld geben werde. Wenn man jetzt eine Förderung von 70 % zugesagt habe, sollte man so schnell als möglich zugreifen und nächstes Jahr beginnen um den Kindern, Eltern und Lehrern wirklich in absehbarer Zeit die Chance zu bieten wieder einen einigermaßen ordentlichen Schulbetrieb durchführen zu können.

EM.Preuner möchte noch die wirtschaftliche Situation ansprechen und meint, dass jetzt im nächsten Jahr der total richtige Zeitpunkt sei, etwas zu machen und nicht erst in 7 oder 8 Jahren. Neue Schule und Neubauten, siehe Lenzing, lösen ja auch nicht alle Probleme.

GV.Berger K. betont, dass man aus den Wortmeldungen immer wieder herausgehört habe, dass der Neubau zwar sehr schön wäre, aber aus rein wirtschaftlichen Überlegungen das Nachdenken darüber eigentlich eingestellt worden sei. Das sehe er nicht als vernünftig. Wenn Herr Wechselauer gesagt habe, dass für einige Gemeinderäte es womöglich kein Problem sein sollte ein Haus wegzureißen, dann würde er sich heute mit seiner Entscheidung gerne als verrückt erklären lassen und er meine, dass man vielleicht doch noch einmal über die ganze Situationen nachdenken sollte.

Es sei schon angesprochen worden, dass es durchaus auch passieren könne, dass sanierte Dinge nicht so saniert worden seien, wie es notwendig gewesen wäre. Diese Dinge könnten unter Umständen bei einer Sanierung sehr gefährlich sein. Es sei heute in der Chronologie von Herrn

Bürgermeister und auch von Herrn Schachl schon angeschnitten worden, dass man 7 1/2 Jahre darüber diskutiere und es habe durchaus Beschlüsse gegeben, wo die SPÖ auch bei den Sanierungsbeschlüssen dabei gewesen sei. Wenn man sich anschau, unter welchen Voraussetzungen diese Beschlüsse gefasst worden seien und mit welchen Zahlen man diese Beschlüsse gefasst habe, dann spreche man hier einfach von verschiedenen Dingen. Er glaube, dass er auch ein bisschen für seine querdenkerische Haltung bekannt sei. So habe er auch das zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial angeschaut. Er spreche davon, dass die Sanierungskosten nur 58 % der Neubaukosten ausmachen und dadurch ein Neubau überhaupt nicht in Betracht zu ziehen sei. Er sehe das durchaus etwas anders. Die Sanierungskosten seien im Detail genau ausgearbeitet worden, die Neubaukosten nur auf Grund von Richtsätzen überschlagsmäßig ermittelt. Sicherlich sehr gut, wenn man sich die Zahlen im Detail etwas anschau.

Wenn man z.B. vergleiche dass bei der Volksschule die Neubaukosten mit € 3,550.000,-- ausgewiesen seien und die Sanierungskosten mit € 2,658.000 dann spreche man bei der Volksschule nicht von 58 % Sanierungskosten, sondern bereits von 70,06 %. Wenn man einen Schritt weiter gehe in die Tiefe des Zahlenmaterials, bei den Sanierungskosten den Anteil der für den Turnsaal hineingerechnet worden sei, der bei den Neubaukosten als eigener Punkt angeführt sei, spreche man bei der Sanierung der Volksschule bereits von einem Kostenfaktor von 74,87 %. Das ziehe sich durch auch bei der Hauptschule und auch beim Polytechnischen Lehrgang. Wenn man sich dann anschau, dass rein die Schulschubstanz sich vielleicht doch nicht ganz so gut darstelle wie sie in dem globalen Vergleich sei, dann sollte man durchaus dem neuen Zahlenmaterial noch einmal nachgehen. Es habe dann auf Anregung von Seiten der SPÖ noch mehrere Diskussionen gegeben.

Diesen Zahlenvergleich habe man im Bildungsausschuss einstimmig beschlossen. Man habe die Zahlen dann im Oktober auch bekommen und es gebe bei diesen Zahlen auch einen Aktenvermerk dabei, wie denn das Vermarktungspotential des bestehenden Standortes unter Umständen dazu benützt werden könnte um einen Teil der Kosten die bei einem Neubau auftauchen, eventuell abzudecken zu können. Dieser geschätzte Erlös werde hier mit € 500.000,-- beziffert. Wenn man ein bisschen mit dem Zahlenmaterial spiele, was durchaus auch legitim sei, könnte es sich ganz anders darstellen. Hier seien Annahmen getroffen worden, die aus seiner Sicht in Ordnung seien, aber unter Umständen könnte es sich ganz anders darstellen. Es seien für diesen Grundstückserlös € 170,--/ m<sup>2</sup> angenommen worden, wenn man nur € 200.000 annehmen würde dann würde aus dieser einen Preisdifferenz eventuell ein zusätzlicher Erlös von € 390.000,-- herauskommen. Wenn man weiters davon ausgehe, dass der rein angedachte Standort der neuen Schule jetzt Grünland sei, so sei der Käuferlös dort mit € 60,-- angesetzt. Er könnte sich unter Umständen durchaus vorstellen, obwohl er nicht in Kenntnis sei, wem das Grundstück gehöre, dass man ein Gentlemanagreement mache und den Grund mit € 30,-- kaufen könnte, dann könnte man wieder einen weiteren Differenzposten erwirken. Er glaube, dass es aus diesen Gründen heraus, durchaus vernünftig wäre über den Neubau intensivst nachzudenken.

Er glaube auch, dass in Bezug auf Energieeffizienz, Standort und vom Verkehr her, es durchaus sinnvoll wäre. Wie vom Kollegen Hackl erwähnt, die Verkehrssituation diese € 40.000,-- oder € 50.000 seien in den Sanierungskosten nicht enthalten. Auch das sei ein Teil dessen, was eigentlich die Differenzkosten reduziere. Er glaube, man dürfe sich nicht nur davon leiten lassen, weil man jetzt diesen Finanzierungsplan auf dem Tisch liegen habe, über den wir in Summe 7 1/2 Jahre diskutieren. Man sollte noch einmal darüber nachdenken. Daher habe sich die SPÖ-Fraktion zu einem Gegenantrag entschlossen und er ersuche alle, über diesen Gegenantrag intensiv nachzudenken. Er ersuche um Unterstützung, weil er glaube, man sollte sich miteinander nicht selbst den Vorwurf machen müssen, dass es vielleicht doch gescheiter gewesen wäre, doch über einen neuen Standort bzw. ein neues Schulzentrum nachzudenken. Er stellt den **Gegenantrag**,

**statt dem Finanzierungsplan und dem Baubeginn für die Sanierung des bestehenden Schulzentrums zu beschließen, welcher ein nicht zufriedenstellendes Endergebnis erwarten lässt, sollen umgehend alle notwendigen Schritte in die Wege geleitet werden, welche für einen Neubau eines Schulzentrums notwendig seien.**

**Die Aufbereitung der Unterlagen soll so rasch erfolgen, dass auf jeden Fall im Jahr 2009 der Neubaubeschluss im Gemeinderat gefällt werden könne.**

GR.Kaniak betont, dass noch nie konkret so viel über dieses Thema gesprochen worden sei. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die Argumente nicht stichhaltig wären. Wenn er sich die ÖVP anschau, eine Partei die unternehmerisch Pröll-Zukunftsvisionen gestalte, habe er doch den Eindruck, dass diese in den Boxen scharre und erst zum Sprung ansetze. Die SPÖ sei nun auf einem

sehr guten Zukunftsweg und bei den GRÜNEN wundere er sich, dass sie eigentlich in keinem Wort die ökologische Kompetenz in die Waagschale geworfen haben, was die Wärmetechnik und die Verkehrssituation anbelange. Er möchte allerdings Frieden haben in der Hinsicht, wenn so eine große Aufgabe erfolge, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Die Dimension sei wieder zu klein gefasst. Die Dimension könne sich nicht auf ein Schulzentrum beschränken, sondern die Situation müsse den Kultursaal beinhalten, es müsse eine multifunktionelle Sport- und Veranstaltungshalle folgen. Wenn das nicht mitintegriert werde, dann seien die Kosten mit denen man sich in den nächsten Jahren herumschlagen müsse. Wieder weist er auf die Visionen für das Nordende des Attersees hin, verweist auf den Rathausabbruch, die Strandbadabgänge, Goldbergwiese usw. Man müsse sich einmal klar sein, wie Seewalchen in 30 bis 40 Jahren ausschauen solle. Wenn man mit diesen Methoden weitergehe, dann habe man lauter Sanierungsfälle. Alt oder Neu – das sei keine Frage der Kosten sondern eine Frage der Vision. Es gebe genug Gemeinden, die viel mehr Schulden haben als Seewalchen und trotzdem etwas hingestellt haben und jetzt glücklich darüber sind, diese Entscheidung getroffen zu haben. Wir werden sehr unglücklich sein bzw. das gar nicht mehr erleben, denn die Sanierungen werden genug Zeit in Anspruch nehmen. Hier gehe es um eine fundamentale, unternehmerische Entscheidung. Das Unternehmen Nordende Attersee in der Kombination mit den Nachbargemeinden. Man wolle doch von draußen einen Input haben. Wir wollen doch nicht, dass alle Bewohner alles nach Vöcklabruck abliefern. Das seien die weiteren Gedanken und man solle keine Schlafgemeinde sein.

GR.Dachs A. denkt schon, dass man die Sanierung noch erleben werde, einen Neubau wahrscheinlich nicht. Er sei Realist und man habe heute so viele Zahlen gehört. Man gehe davon aus, dass die Sanierung € 8 Mio. kosten werde. Das sei eine Zahl die halbwegs sicher sei. Weiters gehe man davon aus, dass der Neubau 2014 wenn man 5 Jahre benötige um damit zu beginnen, 4 Mio. Euro sein werden. Jedes Jahr könne man 5 % dazurechnen und dann werden es 17 oder 18 Mio Euro sein. Die Sanierung werde 2014 schon fertig sein und diese Zahlen werden eher halten als ein Neubau. Er sei auch Realist was die Gemeindefinanzen anbelange. Wenn man Herrn Kaniak zuhöre, 20 Jahre Visionen seien toll. Die 20 Jahre hätte man wahrscheinlich 50 Mio. Euro mehr gebraucht um nur ein Zehntel dieser Visionen zu realisieren. Wäre schön gewesen, werde aber nicht so sein. In den nächsten paar Jahren werde man regelmäßig weniger Einnahmen haben, weniger Mittel zur Verfügung und dann baue man 2014 eine neue Schule vielleicht nicht mit 70 % Förderung, dann wahrscheinlich mit 100 % Förderung, weil man aus eigenen Mitteln nichts mehr bestreiten werde können. Es sei die Frage, ob das realistisch sei. Es sehe nicht so besonders gut aus wenn man das Wirtschaftsszenario der nächsten Jahre so betrachte. Der neue Bundeskanzler sage doch „Jetzt müsse man was für die Wirtschaft tun!“ dann sage er „freuen wir uns, 2004 haben wir gesagt sanieren, 2008 haben wir einen Finanzierungsplan, also sanieren wir und tun doch jetzt etwas für die Wirtschaft und nicht mit Visionen 2020“.

GV.Vogel O. vermisst die Antwort auf seine Frage, mit welchen Kosten man für die Sanierung in den 10 Jahren rechne, in dem die Planung und der Bau des neuen Schulzentrums komme. Diese Kosten seien in den Neubau einzurechnen und wenn er höre, dass Wasser einbreche und dringend saniert werden müsse, seien das vorhandene Kosten und niemand habe ihm bisher beantworten können in welcher Größenordnung man da rechne und ob das realistisch sei und ob da nicht wesentlich mehr anfalle, als das was man da jetzt höre. Er könne diese Zahlen von Herrn Berger genauso anzweifeln wie dieser die Zahlen von Herrn Weigert anzweifelle.

GV.Berger K. stellt richtig, er habe nicht die Zahlen angezweifelt, die Herr Weigert gesagt habe, er habe dieses Zahlenmaterial einfach etwas aufbereitet und habe sich die Details angeschaut. Das sei ein gravierender Unterschied. Wenn Herr Dr.Vogel ihm sagen könne, was die Zwischenfinanzierungen in den nächsten 5 bis 6 Jahren betragen in denen man die Schule saniere, für die Dinge die zwischendurch auftreten, dann könne er Herrn Dr.Vogel auch sagen was in diesen 10 Jahren passieren werde. Diese Antwort sei genauso seriös wie die Frage des Herrn Vogel.

Der Bürgermeister möchte in seinem Schlusswort noch auf einige Wortmeldungen dezidiert eingehen. Er beginne mit Frau Vizebgm.Eisterer, die gemeint habe, dass 2007 ein gutes Wirtschaftsjahr für den Beginn der Sanierung gewesen wäre. Er glaube, dass 2009 ein Gutes Jahr werde weil man mitten in der Hochkonjunktur sei, die 2007 begonnen habe, das habe man ja bei den Straßen- und Kanalbauausschreibungen gesehen. Das sei eine Annahme. Es sei sehr Vieles eine Annahme. Er

glaube wenn der Zustand der Schule schlechter werde und Kosten entstehen werden und man nach 5 Jahren der Sanierung wieder mit einer Sanierung beginnen müsse, dann sei das genauso eine Annahme wie sehr Vieles, so z.B auch das Zahlenspiel des Herrn Kurt Berger.

Der Bauablauf nur in den Sommerferien sei Hauptbestand des Baumanagements, von dem man natürlich noch nicht genau wisse, ob es tatsächlich möglich sei, alles in die Sommerferien hineinzupacken. Dann gebe es natürlich sehr viele Faktoren, wie Wetter, zwischenzeitliche Schwierigkeiten usw. Aber es sei auch heute schon gesagt worden, eine Sanierung während des Schulbetriebes sei für die Lehrer und Schüler nicht angenehm, aber machbar. Es so darzustellen, dass die Sanierung nicht wirtschaftlich sei, weil die Kosten so hoch seien, da müsse man wirklich gegenüberstellen, wie die Kosten bei einem Neubau seien. Man habe die Zahlen schon gehört.

Er glaube auch nicht, dass Platz für neue Unterrichtsformen geschaffen werden müsse, da sei eher das von Herrn Wechselauer zutreffend, dass man, wenn es zu einem Neubau käme, eher ein wesentlich kleineres Schulgebäude bekommen würde. Denn es gebe ein Raumerfordernis, das nicht die Gemeinde vorgebe, sondern das vom Land festgeschrieben werde. Er glaube, dass speziell die Frage der Finanzierung eines Neubaus - so positiv alle Aspekte von den Fraktionen, die dafür seien - gekommen seien, zu befürworten sind. Dem könne nichts entgegengehalten werden. Sicher wäre ein Neubau schöner. Aber es gehe auch um die zeitliche Perspektive und wie man das finanzieren könne. Beim Budget habe man wieder festgehalten, dass es engere Spielräume geben werde. Schauen man, dass man mit der Sanierung, die jetzt am Tisch wäre, über die Runden komme. Er glaube, dass sehr Vieles was dort beim Sanieren notwendig sein werde lösbar und machbar sei.

Zu Gerald Mayrhofer meint er bezüglich Details wie Anlieferung der Hackschnitzel am Schulweg – er wisse, dass die Biomasseheizung nicht zur Volksschule, sondern zur Hautschule kommen werde und dass es dort bessere Anlieferungsmöglichkeiten geben werde. Die lange Finanzierungsphase und Kosten könne natürlich heute niemand prognostizieren.

Aber - wie Herr Preuner heute schon gesagt habe - auch bei einem Neubau, siehe Lenzing, wisse man das nicht. Es gebe im Finanzierungsplan Richtlinien für Mehrkosten, das heiße man wisse aus Erfahrung, wenn es bei öffentlichen Bauvorhaben Kostenüberschreitungen gebe, die sich abzeichnen, seien Genehmigungen vom Land einzuholen. In der Regel werden die dann zum selben Fördersatz übernommen. Hier fürchte er sich nicht, dass man dann auf den Kosten sitzen bleibe, die man dann nicht mehr bedecken könne. Eine korrekte Rechnung der Gegenüberstellung von Sanierung und Neubaukosten – Herr Berger habe sich erlaubt, mit den Zahlen zu spielen. Ihm sei das Spielen doch etwas zu heikel gewesen und er habe sich auf das von den Sachverständigen Vorgegebene verlassen. Denn das sei etwas, was halten sollte.

Zur Verkehrssituation betont er, dass es richtig sei, dass diese derzeit herrschende Situation besser sein könnte, aber man werde Wege finden, das entsprechend zu verbessern. Jetzt habe man die Chance dazu. Zu dem was Herr Hackl gemeint habe, mit Statik Asbest und Hauptschule Schörfling, das möge alles stimmen, nur in die Zukunft schauen, was tatsächlich auftrete, das könne man nicht. Das in Schörfling sei sicher ein Einzelfall. Zum Schluss zu Herrn Kaniak, man habe lange Zeit an einem Strang gezogen und eigentlich erst seit einem kurzen Zeitraum gehen die Stränge auseinander was er zutiefst bedauere.

Man habe fast 8 Jahre lang an einem Konzept gemeinsam gearbeitet und jetzt kurz vor der Umsetzung springe man auseinander. Man stimme zuerst über den Gegenantrag ab und sollte dieser die Mehrheit finden, sei der Hauptantrag zur Sanierung hinfällig. Man müsse sich aber klar sein, dass sich eine neue Perspektive eröffne, nämlich zurück an den Start. Es sei dann ein Wunschkonzert, dass mit einem Neubaubeschluss mit Baubeginn 2009 zu rechnen sei. Zurück zum Start heiße, das gesamte Prozedere vom Raumprogramm angefangen wieder an das Land zu schicken und es sei frühestens und nur mit optimistischer Prognose ein Baueinreichprojekt in den Jahren 2013, 2014 vorstellbar. Dann wenn man eigentlich schon fertig sei mit der Finanzierung, dann bekomme man möglicherweise ein OK für einen Neubau. Er sage deshalb möglicherweise, weil er glaube, selbst wenn man noch so herumjongliere mit den Zahlen werde es sich nicht darstellen lassen, dass man die mindestens 80 % der Neubaukosten erreiche. Das heiße das Land werde OK sagen, OK Neubau ja, aber zu den Kosten der Sanierung.

Es sei derzeit wirtschaftlich nicht darstellbar einen Neubau anzugehen, daher könne er nur darum ersuchen, das Sanierungskonzept jetzt aufzustellen und umzusetzen. Er möchte vermeiden, dass man das Schulzentrum schlecht rede. Die Bausubstanz und das vorliegende Konzept sei nicht so schlecht, dass man das einfach und leichtfertig aufgeben könne. Er glaube, was auch der Bauleiter bestätigt habe, dass von einigen Bereichen abgesehen, wie diese nordseitige Außenfundamentierung

bei der Volksschule, das Schulzentrum in einem guten Zustand sei. Das ganze Schulkonzept sei, wie auch vom Land bestätigt, sehr gut durchdacht.

Er ersuche um Zustimmung zum Hauptantrag, der seiner Meinung nach eine gute Lösung sein werde.

**GR.Kaniak stellt den Zusatzantrag,**

**dass in das Schulbaukonzeptes eine multifunktionelle Sport- und Veranstaltungshalle mitintegriert werden soll, auch die Musikschule und mit einer dementsprechenden Standortanalyse für die Gemeinde den optimalen Standort zu finden.**

Der Bürgermeister lässt über den von GV. Berger K. gestellten Gegenantrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	15	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	12	
			FPÖ-Fraktion:	3	

Gegen den Antrag:	16	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			GRÜNE-Fraktion:	3	

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten 1. Antrag betreffend Finanzierungsplan durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	16	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			GRÜNE-Fraktion:	3	

Gegen den Antrag:	15	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	12	
			FPÖ-Fraktion:	3	

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten 2. Antrag betreffend Baubeginn durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	16	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			GRÜNE-Fraktion:	3	

Gegen den Antrag:	15	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	12	
			FPÖ-Fraktion:	3	

GR.Kaniak zieht seinen Zusatzantrag zurück.

## 5. Ehrungen

Bgm.Reiter:

In der GRS am 4.11.2008 wurden die Ehrungen beschlossen. Da auch Feuerwehrkommandant Herbert Wiesinger seine Funktion zurück gelegt hat, soll auch er mit der Verdienstmedaille in Bronze, Stufe 3, ausgezeichnet werden. Die Auszeichnung wurde bereits am 5.12.2008 übergeben.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,**

**die gegenständliche Ehrung zur Kenntnis zu nehmen.**

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

## 6. Straßenrecht

Erlassen einer Verordnung betreffend 30-km/h Beschränkung für die Steindorferstraße im Bereich zwischen der Anton-Bruckner-Straße und der Tafel Ortsende in Richtung Steindorf

Bgm.Reiter:

Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung am 4.11.2008 dafür ausgesprochen, dass für den Bereich der Steindorferstraße, der zwischen der Ortstafel Seewalchen und der Anton-Bruckner-Straße liegt, eine 30-km/h Geschwindigkeitsbeschränkung gelten soll.

Somit wird künftig die erlaubte zu fahrende Höchstgeschwindigkeit von der Einmündung der Steindorferstraße in die Neissingerstraße bis zur Ortstafel Seewalchen 30 km/h betragen.

**Der Bürgermeister stellt den Antrag,**

**vorliegende Verordnung mit der eine 30-km/h Geschwindigkeitsbeschränkung, für den Teil der Steindorferstraße der sich zwischen der Ortstafel Seewalchen und der Kreuzung mit der Anton-Bruckner-Straße befindet, verfügt wird, zu beschließen.**

GV.Mayrhofer G. spricht sich gegen den Antrag aus, weil es ein Berg sei und im Winter durch die 30-km/h Beschränkung es bei dementsprechenden Witterungsverhältnissen nicht mehr gewährleistet sei, den Berg ohne Probleme zu bewältigen.

GR.Püringer betont, im Bauausschuss dafür gestimmt zu haben weil es für die Verkehrssicherheit zur jetzigen Situation sicher sinnvoll sei. Er habe aber in der Fraktion keine Mehrheit bekommen weil die Sinnhaftigkeit nicht überzeugt habe. Man sei der Meinung, dass man bergauf mit 30-km/h bei eisigen Verhältnissen nicht hinauf fahren könne. Dies sei auch richtig. Man habe im Kreuzungsbereich eine gefährliche Situation gebaut. Der hier entstandene Kreuzungsbereich sei eigentlich unzumutbar, die Planungsfehler müssten korrigiert werden.

Vizebgm.Schachl stellt klar, es gehe nicht um die Kreuzung oder die 30-km/h, denn das sei bereits vom Gemeinderat beschlossen, hier gehe es nur mehr um die Verordnung.

Eisterer, Berger U. und Liehmann verlassen den Sitzungsraum und nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Der Bürgermeister lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	24	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
			SPÖ-Fraktion:	6	Berger K., Kasper, Husly, Födinger, Kritzinger, Püringer
			FPÖ-Fraktion:	2	Ohne Liehmann
			GRÜNE-Fraktion:	3	

Gegen den Antrag:	2	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	2	Mayrhofer, Stockinger
-------------------	---	---------	---------------	---	-----------------------

Stimmenthaltungen:	2	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	2	Mayr, Aigner
--------------------	---	---------	---------------	---	--------------

## 7. Prüfungsausschusses

Bericht des Prüfungsausschusses

PrüfA-Obmann Födinger:

Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 25. November 2008 das Mahnwesen bei den Gemeindeabgaben- und Gebühren überprüft.

**Nach Vorlesen des Prüfberichtes stellt Obmann Födinger den Antrag, den vorliegenden Prüfbericht vom 25.11.2008 zur Kenntnis zu nehmen.**

Abstimmungsergebnis durch Handheben: **einstimmige** Annahme des Antrages

## 8. Straßenbau

### Straßenbauprogramm 2009

BA-Obmann Schachl:

Insgesamt stehen im Jahr 2009 für den Straßenbau Budgetmittel in Höhe von € 200.000,- zur Verfügung, allerdings inkl. 15.000€ für Vermessungsarbeiten. 2009 ist für die Errichtung der Anton-Bruckner-Straße noch mit ca. 55.000 € (Restkosten, Feinbelag) zu rechnen. Damit ergibt sich ein Restbudget von 130.000€ für den Straßenbau 2009.

Von Seiten des Straßenerhalters (Bauhof) wäre die Asphaltierung des Ursprungweges am wichtigsten. Es ist regelmäßig nötig die Schlaglöcher auszubessern. Die Kosten für die Asphaltierung des Ursprungweges wurden 2005 auf ca. 50.000 € inkl. MWst. geschätzt. Der älteste Asphaltierwunsch lt. Liste 2005 ist die Moorstraße mit ca. 25.000€ inkl. MWst. Errichtungskosten (ohne Umkehrplatz und ohne ev. erforderliche Stützmauer von 1m Höhe bei Blaha). Weiters wurde im letzten Bauausschuss angeregt den Gehsteig entlang der Steindorferstraße gegenüber dem Rathaus von der Kreuzung Steindorferstraße / Neissingerstrasse (bestehender Gehsteig) bis zur Kreuzung Steindorferstraße / Anton-Bruckner-Straße zu errichten. Die Kosten für die Errichtung werden ca. 28.000 € inkl. 20% MWst. betragen.

Auch die Verlängerung in Form eines Gehweges der bestehenden Stichstraße bei der Kreuzung Gampernerstraße / Steindorferstraße in der Nähe des Überführungsbauwerkes der Autobahn wurde in der letzten Bauausschusssitzung vorgeschlagen. Die Kosten für die Errichtung würde ca. 2.500 € inkl. 20% MWst. betragen. Eine weitere Ergänzung des Gehsteiges wurde bei der Bushaltestelle beim Müller bei einer Begehung im Frühling angeregt, und zwar von der Kreuzung Anton-Bruckner-Straße / Neissingerstrasse bis zur Busbucht auf der Seite des Trafos. Die Kosten für die Errichtung würden ca. 18.000 € inkl. 20% MWst. betragen.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses im Jahr 2009 folgende Maßnahmen ins Straßenbauprogramm 2009 aufzunehmen und nach entsprechender Klärung erforderlicher Grundabtretungen, Planungen und der zugehörigen Kostenschätzung umzusetzen:**

- **Asphaltierung des Ursprungweges**
- **Asphaltierung der Moorstraße ohne Umkehrplatz**
- **Gehsteig entlang der Steindorferstraße gegenüber dem Rathaus**
- **Verlängerung eines Gehweges der bestehenden Stichstraße Kreuzung Gampernerstr / Steindorferstraße**
- **Verlängerung des Gehsteiges von der Bushaltestelle beim Müller bis zur Kreuzung Anton-Bruckner-Straße / Neissingerstrasse**

GR.Aigner empfindet es als sehr grotesk, dass man erst jetzt daraufkomme, dass der Gehsteig in der Anton-Bruckner-Straße um 20 Meter zu kurz sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass noch nicht feststehe, ob man das realisieren könne, es gebe aber möglicherweise einen anderen Lösungsansatz. Man müsse sich das anschauen, sollte es aber auf jeden Fall probieren. Das Hauptaugenmerk sei gewesen, dort eine Entlastungsstraße zu planen so weit es machbar sei.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 9. Straßenbeleuchtung

Straßenbeleuchtungsprogramm 2009

BA-Obmann Schachl:

Es stehen im Jahr 2009 für die neue Straßenbeleuchtung 15.000€ zur Verfügung. Für neue Verkabelungen stehen im Jahr 2009 2.000€ zur Verfügung. Und für die Sanierung der Straßenbeleuchtung stehen im Jahr 2009 4.000€ zur Verfügung. Eine neue Laterne kostet ca. 800 €. Somit können 18 Stk neue Laternen im Jahr 2009 versetzt werden.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, folgende Straßenbeleuchtungsmaßnahmen im Jahr 2009 umzusetzen**

- 8 Stk. Laternen in Litzlberg
- 6 Stk. Laternen in der Seifertstraße
- 4 Stk. Laternen in der Anton-Bruckner-Straße

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 10. Gehsteig

Litzlberg - Wagnerstraße

BA-Obmann Schachl:

Herr Franz Mayr aus Litzlberg hat mit einer Unterschriftenaktion einen Gehsteig in der Wagnerstraße beantragt, der insbesondere auch von der Heimleitung des Jugendrotkreuzheimes unterstützt wird. Vor allem im Sommer gehen Heimkinder (z.T. auch mit Behinderungen) vom Heim zum Freibad, und wird die Straße in dieser Zeit auch relativ stark befahren. Ein Gehsteig von der Kreuzung mit der B 151 bis zur Kreuzung Gerlhamerstraße wäre eine starke Verbesserung und würde die Verkehrssicherheit dort deutlich erhöhen.

Derzeit ist eine Gehsteigerrichtung im bestehenden öffentlichen Gut nicht bzw. nur stellenweise möglich. Ein durchgehender Gehsteig wäre nur mit entsprechenden Grundabtretungen, Entfernung von Hecken und einer Adaptierung des Straßenkörpers möglich. Der Aufwand dafür ist somit insgesamt relativ hoch, weil im möglichen Gehsteigverlauf auf der östlichen Straßenseite auch diverse Einbauten versetzt werden müssten (Hydranten, Straßenbeleuchtung, Einlaufschächte, ....)

Die Wagnerstraße ist in diesem Bereich stark sanierungsbedürftig, und wäre eine Gehsteigerrichtung im Zuge einer Generalsanierung der Straße günstig. Zu bedenken ist, dass im gegenständlichen Bereich der Wagnerstraße noch zwei geplante Erschließungsstraßen abzweigen, die noch nicht gebaut sind. Eine davon ist im öffentlichen Gut (Zufahrt zu den zwei Gebetsberger-Parzellen zwischen Seiringer und Mayr), eine ist privat (Zufahrt zu den Parzellen Schneeweiß und Motz).

Für eine neue Straßenbreite von ca. 5,5 m (3,5 m Fahrbahn, einseitiges Bankett, einseitiger Gehsteig mit ca. 1,50 m) würden für die Errichtung ca. 95.000€ inkl. 20% MWst. erforderlich sein.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, die Errichtung eines Gehsteiges bei gleichzeitiger Sanierung der Wagnerstraße in den mittelfristigen Straßenbau- bzw. sanierungsplan aufzunehmen und eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen (Planung, Kostenschätzung, erforderliche Grundabtretungen, Finanzierung unter Berücksichtigung einer entsprechend hohen Förderung vom Land OÖ.)**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **mehrheitliche (Stimmhaltungen: Hackl, Liehmann)** Annahme fest.

## 11. Verkehrssicherheit

Resolution der Gemeinde Gampern gegen den Schwerverkehr auf der Gamperner Landesstraße L 1274

BA-Obmann Schachl:

Es wurde bekannt, dass die Gemeinde Gampern eine Resolution gegen den Schwerverkehr auf der Landesstraße beschlossen hat, die seitens der Gemeinde Seewalchen unterstützt werden könnte, da dieses Schwerverkehrsverbot aus Sicht von Seewalchen spätestens nach Fertigstellung der Umfahrung Lenzing verordnet werden könnte. Der Gemeinderat der Gemeinde Gampern hat sich in der Sitzung am 18. 9.2008, GR 005/2008 mit dem ständig steigenden LKW-Verkehr auf der B 1 und der L 1274 im Gemeindegebiet von Gampern beschäftigt. Der Gemeinderat der Gemeinde Gampern beantragte demnach, dass die „L 1274 Gamperner Landesstraße, beginnend von der Kreuzung mit der B 1 Wiener Straße beim Kreisverkehr Hörgattern bis zur Kreuzung mit der B 151 in Seewalchen“ in die Verordnung des Landes Oö. betreffend dem Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge auf bestimmten Straßenstrecken im Bundesland Oberösterreich, LGBl. Nr. 37/2004 zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 62/2008 aufgenommen wird.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses sich der Resolution derzeit nicht anzuschließen.**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 12. Kanal BA 13

Verlegung auf „Ärztkeammergrund“; Dienstbarkeitsvereinbarung mit der Ärztekammer für den Kanal

BA-Obmann Schachl:

Im Zuge der Kanalerichtung des Projektes „Kleinprojekte“ wurde der Sammler LHA 1 in Litzlberg teilweise über das Grundstück der Ärztekammer verlegt. Bis zur Klärung dieser Angelegenheit stellt die Wasserrechtsbehörde keinen Bewilligungsbescheid aus.

Die Ärztekammer hat sich dahingehend entschieden, eine Dienstbarkeitsvereinbarung bis auf Widerruf mit der Marktgemeinde Seewalchen abzuschließen.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, eine Dienstbarkeitsvereinbarung bis auf Widerruf mit der Ärztekammer abzuschließen.**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 13. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2004 - Änderung

Grundsatzbeschluss

Umwidmung des Grundstückes Nr. 293, KG. Litzlberg, von Bauland „Wohngebiet“ auf „Grünland“ (Maria-Antonia Hintsteiner, Gamerithstraße 7, 4863 Seewalchen)

BA-Obmann Schachl:

Beim Kanalprojekt „Haining“ ist ein Kanalstrang auf dem gegenständlichen Grundstück geplant. Frau Hintsteiner ist zur Einräumung einer Dienstbarkeit zu Gunsten der Marktgemeinde Seewalchen für die Errichtung eines Kanals nur bereit, wenn das gegenständliche Grundstück in Grünland umgewidmet wird. Außerdem soll die Dienstbarkeit nur für die Dauer der Grünlandwidmung vereinbart werden.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses der gegenständlichen  
Umwidmung zuzustimmen und eine Dienstbarkeit für die Dauer der Grünlandwidmung zu  
vereinbaren.**

GV.Berger K. betont, dem Antrag nicht zustimmen zu können. Man widme dieses Grundstück als Grünland zurück als Voraussetzung dafür dass man von der Fam. Hintsteiner die Möglichkeit bekomme durch eine Dienstbarkeit mit dem Kanalbau darüber zu fahren. Er könne sich das nicht vorstellen.

Im Brief des Rechtsanwaltes stehe eindeutig, dass diese Dienstbarkeit nur für den Zeitraum der Grünlandwidmung gelte. Wenn man sich das Bild vor Augen führe, wo dieses Grundstück sei, dann bedeute das, dass man hier im Endeffekt vielleicht irgendwann eine Grüninsel zwischendrin habe oder die Nachbargrundstücke entsprechend nicht widmen könne, weil es dann keine Arrondierung sei., Er glaube, dass man hier das öffentliche Interesse auch mit anderen Mitteln wahrnehmen könnte.

Preuner, Ebetsberger und Kaniak verlassen den Sitzungsraum und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	15	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	11	Ohne Preuner u. Ebetsberger
			FPÖ-Fraktion:	1	
			GRÜNE-Fraktion:	3	
Gegen den Antrag:	8	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	8	Eisterer, Berger K., Mayr, Berger U., Husly, Stockinger, Födinger, Kritzinger
Stimmenthaltungen:	5	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	4	Kasper, Mayrhofer, Püringer, Aigner
			FPÖ-Fraktion:	1	Liehmann

#### 14. Straßenrecht

Übernahme einer privaten Zufahrt an der Kraimstalstraße ins öffentliche Gut

BA-Obmann Schachl:

Fam. Steinbichler würde das Grundstück kostenlos an die Gemeinde übergeben und auch die dabei anfallenden Kosten übernehmen. Bei der betreffenden Zufahrt handelt es sich um eine Sackgasse. Die Schneeräumung und das Abholen von Müll wäre seitens der Gemeinde nicht einfach.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, die Zufahrt –GrstNr. 1553/1  
nicht ins öffentliche Gut der Marktgemeinde Seewalchen zu übernehmen.**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 15. Verkehrssicherheit

Schutzweg - Kreuzung Anton-Bruckner-Straße / Steindorferstraße; Situierung als Übergang der Anton-Bruckner-Straße von den Lawog Häusern zum Müllermarkt

BA-Obmann Schachl:

Da in Zukunft der Verkehr auf der Anton-Bruckner-Straße zunehmen wird, wäre ein weiterer Schutzweg, und zwar entlang des Gehsteiges an der Steindorferstraße als Übergang von den Lawog Häusern zum Müllermarkt, zweckmäßig.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der Ausführung des gegenständlichen Schutzweges zuzustimmen.**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 16. Bushaltestelle

Maßnahmen - Bushaltestelle Neu-Steindorf

Wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt !

## 17. Neuplanungsgebiet

Erlassen einer Verordnung betreffend Neuplanungsgebiet im Bereich der Hauptstraße

BA-Obmann Schachl:

Das bestehende „Roitherhaus“ an der Hauptstraße im Zentrum von Seewalchen soll durch eine moderne Wohnanlage ersetzt werden. Es sollen 18 Wohnungen und 1 Geschäft (wie im Bestand, Bäckerei) geschaffen werden. Die gegenständlichen Grundstücke liegen in der 500-m Seeufer-Naturschutzzone. Die Widmung der betroffenen Grundstücke ist Dorfgebiet. Damit wäre eine Umwidmung auf zumindest Wohngebiet erforderlich, und die Widmung hinsichtlich der Nutzung des Geschäftes zu prüfen. Für die gegenständlichen Grundstücke ist kein Bebauungsplan rechtswirksam. Ein Teil der Wohngebäude soll ein Erdgeschoss, ein 1. Obergeschoss, ein 2. Obergeschoss und ein Dachgeschoss erhalten, der andere Teil ein Erdgeschoss, ein 1. Obergeschoss und ein 2. Obergeschoss.

Im Ausschuss wurde vorberaten werden, ob dem Konzept des Arch. Stögmüller grundsätzlich zugestimmt werden kann, ob Art und Umfang der Bebauung geändert / reduziert werden sollen, oder ob nach einer Möglichkeit der Sanierung des Bestandes und einer ortsbildfreundlicheren Erweiterung in Anlehnung an den historischen Bestand gesucht werden soll.

Aufgrund der sensiblen Lage des geplanten Projektes und aufgrund der vielen offenen Planungsfragen sprach sich der Ausschuss für ein Neuplanungsgebiet aus.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, das Erlassen der vorliegenden Verordnung betreffend Neuplanungsgebiet im Bereich der Hauptstraße/Kirchenplatz zuzustimmen**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

**18. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2004 - Änderung**

Grundsatzbeschluss

Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1365, KG. Seewalchen, von Grünland auf Bauland „Dorfgebiet“ (Draschwandtner Aloisia, Mondsee)

BA-Obmann Schachl:

Die Antragstellerin hat mit Eingabe vom 3.10.2008 die Umwidmung der gegenständlichen Grundstücksteilfläche beantragt und erklärt freiwillig einer kostenlosen Grundabtretung zur Errichtung einer öffentlichen Verkehrsfläche (Straßenbreite mind. 5,00m) zuzustimmen, sowie zur Leistung eines finanziellen Beitrages von 50% für deren Herstellung.

Das beantragte Teilgrundstück liegt im südlichen Randbereich der Ortschaft Steindorf - Siedlung, KG Seewalchen. Im direkten nörd- und westlichen Anschlussbereich der geplanten Umwidmung befindet sich bereits gewidmetes und teilweise genutztes Dorfgebiet. Die Neuwidmung hat ein Gesamtausmaß von rund 2.250 m<sup>2</sup>.

Im derzeit rechtskräftigen Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 1 der Marktgemeinde Seewalchen ist dieser Bereich mit Baulandgrenzen für den Planungszeitraum definiert worden, die Erweiterungsfläche liegt zur Gänze innerhalb dieser Grenze. Der im ÖEK eingetragene Freihaltebereich (Grünkeil / Grünverbindung) wird nicht beeinträchtigt.

Auch im derzeit rechtskräftigen Problem-, Ziel- und Maßnahmenkatalog wurde festgelegt, dass es ein Ziel der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee ist, dort eine sinnvolle Siedlungsentwicklung zuzulassen, wo die infrastrukturelle Einrichtungen vorhanden sind, um die großen wirtschaftlichen Aufwendungen für die technische Infrastruktur zu rechtfertigen.

Die beantragte Fläche ist von Seiten des Ortsplaners als Arrondierungsfläche bzw. als Abrundung eines Siedlungskörpers zu betrachten. Die Neuwidmung entspricht den 10 Kriterienpunkten lt. Problem-, Ziel- und Maßnahmenkatalog.

Die Flächenbilanz Stand Mai 2003 weist derzeit einen ungenutzten Anteil an Wohnbauland von 52,97 ha auf, das entspricht einem Prozentsatz von 21,6 %.

Von Seiten der Ortsplanung ist die beantragte Umwidmung mit dem Örtlichen Entwicklungskonzept zu vereinbaren und kann dem Gemeinderat der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee empfohlen werden.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,**

**auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2004 betreffend Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1365, KG Seewalchen, von Grünland auf Bauland „Dorfgebiet“ grundsätzlich zuzustimmen.**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

**19. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2004 u. ÖEK Nr. 1/2004 - Änderung**

Neuerliche Grundsatzbeschlussfassung

Umwidmung der Grundstücke Nr. 1489/8, 1489/9, 1489/10, KG Seewalchen von Grünland in Bauland „Wohngebiet“ (Draschwandtner Aloisia, Mondsee)

Bürgermeister Reiter verlässt den Sitzungsraum und übergibt den Vorsitz an Vizebgm.Schachl.

BA-Obmann Schachl:

Da nach einer weiteren Rücksprache mit der Energie-AG bekannt wurde, dass bei einer Umlegung der Hochspannungsleitung in die Erde, die Energierechtsbehörde der Oö. Landesregierung eher nicht zustimmen wird und die Antragstellerin auch kund gab, dass die Verlegungskosten von ca. 43.000€ exkl. MWst. nicht mehr dafür stehen, wurde vom Ortsplaner vorgeschlagen, die derzeit 3 Grundstücke auf 2 Grundstücke zu minimieren.

Aufgrund der Stellungnahme der Energie AG vom 12.8.2008 wird ein Schutzstreifen von 6 m beiderseits der Leitungsachse gefordert. Demnach wäre das Grst.Nr. 1489/9 nicht bebaubar und soll demnach lt. Ortsplaner geteilt und zu den Grundstücken Nr. 1489/8 und 1489/10 dazugeschlagen werden. Eine Vereinbarung betreffend Beteiligung der Antragstellerin mit 50 % der Herstellungskosten des Birkenweges in der Länge der neu gewidmeten Grundstücke sowie der kostenlosen Abtretung eines Grundstreifens entlang des Birkenweges, sodass eine Straßenbreite von 6 Metern ermöglicht wird, wurde bereits abgeschlossen.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2004 und des ÖEK Nr. 1/2004 betreffend Umwidmung der Grundstücke Nr. 1489/8, 1489/9, 1489/10, KG Seewalchen grundsätzlich zuzustimmen, unter der Bedingung, den Bebauungsplan dahingehend zu adaptieren, dass nur 2 Baugrundstücke entstehen.**

Der Vorsitzende lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **mehrheitliche (Stimmhaltungen: Hackl, Liehmann)** Annahme fest.

**20. Bebauungsplan Nr. 26, „Steindorf Siedlung“, Änderung**  
Grundsatzbeschlussfassung betreffend Erweiterung für die Grundstücke Nr. 1489/8, 1489/9, 1489/10, KG Seewalchen (Draschwandtner Aloisia, Mondsee)

BA-Obmann Schachl:

Aufgrund der bestehenden Hochspannungsleitung wurde vom Ortsplaner empfohlen, die derzeit 3 Grundstücke auf 2 Grundstücke zu minimieren, dabei soll das nicht bebaubare Grundstück Nr. 1489/9 geteilt werden und zu den Grundstücken Nr. 1489/8 und 1489/10 dazugeschlagen werden.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der gegenständlichen Erweiterung des Bebauungsplanes auf 2 Bauplätze zuzustimmen**

Der Vorsitzende lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **mehrheitliche (Stimmhaltungen: Hackl, Liehmann)** Annahme fest.

**21. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2004 - Änderung**  
Grundsatzbeschluss  
Umwidmung eines Teilbereiches des Grundstückes Nr. 419, KG. Seewalchen, von Grünland auf Bauland „Wohngebiet“ (Marktgemeinde Seewalchen)

BA-Obmann Schachl:

Bei einer Überlagerung des Flächenwidmungsplanes mit dem Orthofoto wurde ersichtlich, dass die rechtmäßig bestehende Garage beim Objekt Hartinger sich teilweise im Grünland befindet.

Die Umwidmung (amtliche Berichtigung) sollte daher dahingehend erfolgen, dass die bestehende Garage vollkommen im Wohngebiet zu liegen kommt und zusätzlich ein Bauwisch von 3,00m zur Widmungsgrenze gegeben ist.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2004 betreffend Umwidmung eines Teilbereiches des Grundstückes Nr. 419, KG Seewalchen, von Grünland auf Bauland „Wohngebiet“ grundsätzlich zuzustimmen.**

Der Vorsitzende lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

**22. Flächenwidmungsplan Nr. 4/2004 - Änderung Nr. 45;**

Endgültige Beschlussfassung (Grundsatzbeschluss vom 14.2.2008)

Antrag auf Umwidmung im Teilbereich der Grundstücke Nr. 482 und 2989, KG Litzlberg, von Grünland und Wald auf Parkplatz und Zufahrt; Antragsteller : Verein Hochseilgarten und Tipidorf Attersee, Kemating 11, 4863 Seewalchen

BA-Obmann Schachl:

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats vom 14.2.2008 den gegenständlichen Flächenwidmungsplan dahingehend zu ändern, wurde das Stellungnahmeverfahren eingeleitet.

Folgende Stellungnahmen wurden eingebracht:

Seitens der Abteilung Raumordnung der O.ö. Landesregierung, wurde mit dem Schreiben AZ. BauRO -301453/2-2008-Rm/Kr vom 24.10.2008 mitgeteilt, dass vom raumordnungsfachlichen Standpunkt die beantragte Umwidmung zur Kenntnis genommen wird.

Negative Stellungnahmen langten keine ein.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2004 betreffend Umwidmung im Teilbereich der Grundstücke Nr. 482 und 2989, KG. Litzlberg, von Grünland und Wald auf Parkplatz und Zufahrt endgültig zuzustimmen.**

GR.Liehmann spricht sich gegen diese Salomitaktik aus, denn wenn man so ein großes Projekt plane sei es ihm vollkommen unverständlich, dass man das nicht rechtzeitig vorher gesehen habe. Man könne sich nicht im Nachhinein immer weiter ausbreiten.

Der Vorsitzende lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **mehrheitliche (Stimmhaltungen: Katamay, Liehmann)** Annahme fest.

**23. Bebauungsplan Nr. 26, „Steindorf Siedlung“, Änderung**

Grundsatzbeschlussfassung betreffend Änderung der Bebauung im Bereich der Grundstücke Nr. 1470/6, 1470/5, 1470/4, 1470/3, KG Seewalchen (Raudaschl Leopold, Birkenweg 18)

BA-Obmann Schachl:

Aufgrund finanzieller Probleme durch eine plötzlich aufgetretene Stoffwechselkrankheit, ist Herr Raudaschl gezwungen seine Grundstücke Nr. 1470/5 und 1470/4 zu veräußern.

Darum ersucht der Antragsteller den gegenständlichen Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass aus Grundstück 1470/5 und 1470/4 ein eigener Bauplatz wird unter Berücksichtigung einer Vergrößerung seines bebauten Bauplatzes (Grundstück Nr. 1470/6) um ca. 7m.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag, auf Grund der einstimmigen Empfehlung im Bauausschuss, der gegenständlichen Bebauungsplanänderung grundsätzlich zuzustimmen**

Der Vorsitzende lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

**24. Bebauungsplan - Gestaltungs- und Verkehrskonzept „Loidl - MGEM. Seewalchen“**

Grundsatzbeschlussfassung

Festlegung der Bebaubarkeit und des Verkehrskonzeptes im Bereich der Grundstücke Nr. 133/1, 135/2, 135/1, 148, 149/1, 149/2, 170/6 und 170/13 KG Litzlberg (Loidl - Marktgemeinde Seewalchen)

BA-Obmann Schachl:

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats vom 14.2.2008 über die Umwidmung der gegenständlichen Grundstücke wurden vom Ortsplaner 2 Varianten für das Gestaltungs- und Verkehrskonzept entworfen.

1. Variante: Der Holzmeisterweg wird mit der Plischkestraße verbunden
2. Variante: Der Holzmeisterweg wird in Form einer Umkehrschleife verlängert, und durch einen befahrbaren Gehweg verbunden.

Im Ausschuss wurde beraten, ob für das neu zu widmende Gebiet ein Bebauungsplan erstellt werden soll oder lediglich ein Gestaltungs- und Verkehrskonzept.

Wenn eine gekuppelte Bauweise bevorzugt werden würde, müsste ein Bebauungsplan erstellt werden.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses,**

- 1. der 2. Variante mit Verlängerung des Holzmeisterwegs mit Umkehrschleife bzw. mit einem befahrbaren Gehweg nach Norden zuzustimmen**
- 2. eine offene Bauweise zu wählen und somit keinen Bebauungsplan zu erstellen**
- 3. und eine Vereinbarung über die kostenlose Grundabtretung zur Errichtung einer öffentlichen Verkehrsfläche sowie zur Leistung eines finanziellen Beitrages von 50% für deren Herstellung, abzuschließen**

GR.Loidl nimmt seine Befangenheit wahr und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Der Vorsitzende lässt über seinen gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

**25. Bebauungsplan Nr. 35 „Seewalchen Seeufer“ - Änderung**

Antrag von Monika Illes-Urban u. Susanne Urban betreffend Änderung des Bebauungsplanes. (Errichtung eines weiteren Hauptgebäudes anstelle der Doppelgarage auf Bauplatznummer 19)

Bürgermeister Reiter übernimmt wieder den Vorsitz.

BA-Obmann Schachl:

Fr. Monika Illes – Urban beantragt die Umnutzung des bestehenden Garagengebäudes in ein weiteres Hauptgebäude. Lt. derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 35 „SEEWALCHEN SEEUFER“ ist für den Bauplatz Nr. 19 nur ein Hauptgebäude vorgesehen.

Die Errichtung eines zweiten Hauptgebäudes anstelle der bestehenden Doppelgarage ist von Seiten der Ortsplanung denkbar. Auf die Bestimmung der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee, dass nur Hauptwohnsitze zulässig sind, wird hingewiesen.

Von Seiten der Ortsplanung wird vorgeschlagen, eine bebaubare Fläche für das zweite geplante Hauptgebäude auszuweisen. Von der Lage her, darf die südseitige Baufluchtlinie, zur Promenade hin, die vordere bestehende Gebäudekante der Doppelgarage nicht überschreiten. Es sollte nur eine bauliche Entwicklung Richtung Norden und Westen erfolgen.

Die Größe der bebauten Flächen sollte die im Umfeld befindlichen bebaubaren Flächen nicht überschreiten und ähnlich groß ausgewiesen bzw. eingegrenzt werden. Von Seiten der Ortsplanung

wird dem Gemeinderat der Marktgemeinde Seewalchen vorgeschlagen, eine max. Höhenentwicklung von 460 cm zuzulassen, die Dachneigung und Dachdeckung den umliegenden Gebäuden anzupassen und den alten Baumbestand zu erhalten. Die Größenordnung der umliegenden Gebäude darf keinesfalls überschritten werden.

Unter den vor angeführten Voraussetzungen erscheint die Errichtung eines zweiten Hauptgebäudes auf Grst. Nr. 2017/3 aus ortsplannerischer Sicht vertretbar, da die gesamte technische und soziale Infrastruktur im Umkreis gegeben ist und eine dichte Bebauung in diesem Bereich bereits vorhanden ist. Nachdem sich die beantragte Änderung in einer sensiblen Zone befindet, ist auf den Naturschutz in der Gestaltung und in der Höhenentwicklung einzugehen.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,  
auf Grund der mehrheitlichen Empfehlung des Bauausschusses, der Änderung der  
gegenständlichen Bebauungsplanänderung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des  
Ortsplaners zuzustimmen.**

GV.Berger K. zeigt sich verwundert, dass es im Bauausschuss eine mehrheitlich Zustimmung gegeben habe. Wenn man sich den Akt anschau sei ein negativer Brief vom 2.12.1998 dabei in dem man darauf hinweise, dass am 26.11.98 einen negativen Beschluss des Gemeinderats gegeben habe den widerrechtlichen Zustand in Ordnung zu bringen. In diesem Brief sei auch darauf hingewiesen worden, dass bereits 1995 negativ beschlossen worden sei. Weiters am 28.11.2001 am 19.11.2003 und jetzt sollte statt der Garage ein Hauptgebäude erlaubt werden. Das sei für ihn nicht nachvollziehbar und er hoffe, dass dieser Punkt nicht durchgehe.

Der Bürgermeister betont, dass es insofern anders sei, als in den Vorjahren Seinerzeit habe es sich um einen konsenslosen Zustand gehandelt und es sei schon längere Zeit bekannt gewesen, dass hier in einer Garage Wohnräume eingebaut seien. Es sei relativ mühsam gewesen und es sei seinerzeit auch rechtlich nicht möglich gewesen den konsenslosen Zustand wieder herzustellen. Es wäre wieder eine ähnliche Situation wie im Fall Hawle gewesen. Eine nachträgliche Sanktionierung sei rechtlich nicht möglich gewesen. Mittlerweile sei der Zustand wieder hergestellt und bis auf das WC seien sämtliche Wohnräume wieder ausgeräumt worden, was mehrmals überprüft worden sei.

GR.Liehmann findet den hier gegangen Weg absolut unakzeptabel. 98 % aller Bauwerber bemühen sich und warten geduldig und dort wird einfach etwas hingestellt und benutzt, wohlwissend dass es eigentlich nicht sein dürfe.

GR.Aigner betont, seinerzeit sei ein Wintergarten auf dem Grund des Pfarrers illegal errichtet worden. Da habe man auch Zeiten gebraucht bis man es wieder legalisieren habe können. Dort werde gemacht, was man wolle und nicht was Recht und Ordnung sei. Daher solle man diesen Leuten nicht entgegenkommen.

GR.Püringer betont, es stehe fest, dass dieses Objekt lange Jahre zweckwidrig benutzt worden sei. Jetzt habe man es weggeräumt und wolle das in ein Hauptgebäude umwandeln. Und so werde wieder ein Stück Seeufer zugemauert. Es sei klar, dass man ein Haus am See haben möchte aber er finde, man habe auch eine Verantwortung gegenüber den Nachkommen.. Diese sollen auch später ein Stück freie Fläche am See vorfinden können. Sünden die man heute mache, könne man später nicht mehr reparieren.

GR.Huber F. sieht das emotional losgelöst von der Vorgeschichte. Er vertrete eher die Meinung, dass man in dieser Zone schon auch Um- Zu- und Neubauten zulassen sollte um nicht langfristig dort unten nur Ruinen zu bekommen. In dem Ausmaß in dem es hier auch der Ortsplaner empfehle, könne er durchaus zustimmen.

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Für den Antrag:	13	Stimmen	ÖVP-Fraktion:	13	
Gegen den Antrag:	15	Stimmen	SPÖ-Fraktion:	12	
			FPÖ-Fraktion:	2	Hackl, Liehmann
			GRÜNE-Fraktion:	1	Vogel W.
Stimmenthaltungen:	2	Stimmen	GRÜNE-Fraktion:	2	Katamay, Märzinger

## 26. Bebauungsplan Nr. 26, „Steindorf Siedlung“, Änderung Nr. 29

Endgültige Beschlussfassung

Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes, Bauplatz mit der Ordnungsnummer 4 (Grundstück Nr. 1771/6); Antragsteller Heißl Manfred, Gamperner Straße 7, 4863 Seewalchen (Grundsatzbeschlussfassung vom 10.10.2007)

BA-Obmann Schachl:

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Gemeinderats vom 10.10.2007 den gegenständlichen Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass ein zweiter Bauplatz geschaffen wird, wurde das Stellungnahmeverfahren eingeleitet.

Folgende Stellungnahmen wurden eingebracht:

Seitens der Abteilung Raumordnung der O.ö. Landesregierung, wurde mit dem Schreiben AZ. RO – 500483/3-2008-RM/Rö vom 11.11.2008 mitgeteilt: Überörtliche Interessen im besonderen Maß werden durch die gegenständliche Planung auf Grund der Lage an der Gamperner Landesstraße und der erforderlichen zusätzlichen Anschlusses berührt. Grundsätzliche Einwände aus fachlicher Sicht sind allerdings nicht gegeben.

Stellungnahme durch die Landwirtschaftskammer: Aus landwirtschaftlicher Sicht wird ersucht eine Regelung zur Bepflanzung entlang der S/W Grundgrenze einzuführen, z.B. Bepflanzungen sind so vorzunehmen, dass für die Bewirtschaftung kein Nachteil entsteht. Bei Gehölzen ist ein genereller Abstand von 0,5m bis zu einer Oberhöhe von 2m , bei Oberhöhen über 2m ein Abstand von 2m einzuhalten.

Weitere Stellungnahmen langten nicht ein.

**Bauausschuss-Obmann Vizebgm.Schachl stellt den Antrag,**

**auf Grund der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses, der gegenständlichen Bebauungsplanänderung unter Einbeziehung der Forderungen der Landwirtschaftskammer zuzustimmen**

Der Bürgermeister lässt über den von Obmann Vizebgm.Schachl gestellten Antrag durch Handheben abstimmen und stellt eine **einstimmige** Annahme fest.

## 27. Grundverkehr

Information gem. Oö. Grundverkehrsgesetz-Novelle 2006

Bgm.Reiter:

Zu folgenden grundverkehrsbehördlichen Verfahren wurde zwischenzeitlich vom Bürgermeister eine Stellungnahme abgegeben:

<u>Namen der Vertragsparteien</u>	<u>Gegenstand des Rechtserwerbes</u>
Friedrich und Maria Dachs / Marktgemeinde Seewalchen	Teil aus Grst. Nr. 77/1 u. 76 (214m <sup>2</sup> ), gegen Teil aus 2706/2 (214m <sup>2</sup> ) KG. Litzlberg (Tauschvertrag)
Elfriede Wiesinger / Mag. Alexander Meinhart, Mag. Georgia Rohrhofer-Meinhart	Grundstück Nr. 2835/3 (1492m <sup>2</sup> ), KG. Litzlberg (Schenkungsvertrag)

## 28. Allfälliges

- a) GV.Berger K. wünscht dem Bürgermeister in seinem Namen sowie im Namen der Fraktion alles Gute zum Geburtstag.
- b) GV.Vogel O. wünscht Frohe Weihnachten und ladet für 17.12.2008 in die Landesmusikschule zu „Jazz und Lyrik“ ein.
- c) GR.Wechselauer erwähnt bei Herrn Gözze vom Kebabstand in Lenzing gewesen zu sein. Der Besitzer habe ihn gebeten, einen von ihm gemachten Vertrag anzusehen. Ein Herr aus Seewalchen hat um eine Werbung für die Musik gebeten und habe ihm einen Vertrag für € 300,-- jährlich, das 3 Jahre lang eingeredet. Nun habe er im August und jetzt noch einmal € 1.260,-- bezahlt. Es gehe da um die Musikschule in Seewalchen und um eine Werbefläche, die er da bezahle. Er erläutert den Inhalt dieses Vertrages. Er habe dann beim Herrn Peschke nachgefragt und der Fall sei schon amtskundig. Es habe sich herausgestellt, dass das niemand aus Seewalchen gewesen sei.  
AL.Schmidt erläutert, diese Keilerfirma habe der Musikschule ein Honorar bis zu € 2.000,-- versprochen. Man habe bereits Herrn Rechtsanwalt Haberl beauftragt. Die einzige Chance sei, dass Dir.Peschke seinerzeit nicht befugt gewesen sei, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Es sei nach wie vor Gemeindegut. Anschaffungen brauchen die Unterschrift des Gemeindevertreters. Es sei nicht ungefährlich, weil diese Firma nun Herrn Dir.Peschke klage. Der Vertrag sei nun gekündigt.  
Der Bürgermeister betont, dass oftmals der Eindruck entstehe, dass solche Sachen im Auftrag der Gemeinde geschehen.  
AL.Schmidt betont, Herr Gözze solle sich bei ihm melden.  
GR.Dachs-Machatschek ersucht, diese Firma der Wirtschaftskammer zu melden.
- d) GR.Kritzinger fragt, ob man gegen die „Ruine Ablinger“ in der Steindorfer-Straße etwas unternehmen wolle und könne.  
Der Bürgermeister antwortet, dass ein Verfahren laufe, es ruhe momentan, aber er habe auch bereits mehrmals mit Herrn Ablinger gesprochen.
- e) GR.Püringer betont, dass der Gehsteig vom Friedhof zur Atterseebundesstraße nun saniert worden sei. Er sei angesprochen worden, dass dort auch der Schnee geräumt werden solle.

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 4.11.2008 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21:45 Uhr.

**Der Schriftführer:**

**Der Vorsitzende:**

.....  
(AL. Hans Schmidt)

.....  
(Bgm. Mag.Reiter Johann)

Gegen die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 11.12.2008 wurden keine Einwendungen erhoben und ist somit genehmigt.

Der Vorsitzende:

(Bgm. Mag.Reiter Johann)

**Für die SPÖ-Fraktion:**

**Für die ÖVP-Fraktion:**

.....  
(Vizebgm. Gertraud Eisterer)

.....  
(Vizebgm. Johann Schachl)

**Für die FPÖ-Fraktion:**

**Für die GRÜNE-Fraktion:**

.....  
(GR.Ing.Heinz Hackl)

.....  
(GR.Wolfgang Vogel)